

Sommer 2024

Sperrre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!

Fachkraft 2.0

qualifiziert + billig + ausreisewillig



**Fachkräftemangel –
Phantom und Wirklichkeit!**

Wie sich der deutsche
Arbeitsmarkt ändert

**Keine Lückenbüsser für
fehlende Babyboomer**

BA will Arbeitslose und Migranten
in den Arbeitsmarkt holen

**Edelgemüse mit
prekärerem Beigeschmack**

Ausbeutung und Dumping-Löhne
auf Spargelfeldern der Region



Die Linke

**Ratsfraktion
Münster**

Quo vadis, Bahn?

Der Umgang von Bund, Land, Stadtverwaltung und Rathauskoalition mit dem Schienenpersonenverkehr in Münster und im Münsterland ist skandalös. Die Bundesregierung hatte 2017 bei der Münsteraner Bahnhofseröffnung den vollständigen zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Münster-Lünen-Dortmund verkündet. Passiert ist nichts. Gleiches gilt für die Reaktivierung der WLE-Bahnstrecke Münster-Sendenhorst, die Jahr für Jahr weiter verschoben wird. Neuerdings fährt die Bahn zwischen Münster und Osnabrück nicht mehr halbstündlich, und auch die Zukunft der bisher von der Eurobahn betriebenen Bahnstrecken steht in den Sternen.

Nicht besser wird es dadurch, dass der von Münsters Stadtbaurat Denstorff vorgelegte Masterplan Mobilität 2035+ an den Stadtgrenzen endet. Wie unter diesen Umständen das S-Bahn-Netz im Münsterland 2030 eingeweiht werden soll, wie von Oberbürgermeister Lewe vollmundig verkündet, ist völlig schleierhaft. Dabei wäre das Geld für die erforderliche Verkehrswende vorhanden, nur fehlt der politische Wille. Die Linke will das ändern. Zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs wollen wir eine klare Priorität auf den völlig unterfinanzierten Schienenausbau legen. Wir fordern eine höhere Taktung und bessere Verbindungen, insbesondere zu den Außenstadtteilen und den Nachbargemeinden im Münsterland. Eine Münsterland-S-Bahn, die ihren Namen verdient. Mit bezahlbaren Preisen, am besten kostenfrei.



Werner Szybalski



Europa rutscht weiter nach rechts

Die Europawahl vom 9. Juni hat eine gefährliche Verschiebung der politischen Einstellungen ergeben – die politischen Einstellungen rutschten weiter nach rechts. Die ausgezählten Wahlzettel aus den Urnen zeigen es. In den Gründungsländern des Vorgängers der EU, der 1951 gegründeten „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, gewannen die rechtsextremen und faschistischen Parteien stark hinzu.

In Belgien holte die rechte Partei Vlaams Belang mit 14,5 Prozent die meisten Stimmen und die separatistische, europakritische, rechtskonservative Nieuw-Vlaamse Alliantie kam mit 14 Prozent auf den zweiten Platz. Von den 720 Sitzen im neuen Europaparlament erhielten die flämischen Rechten allein sechs Mandate.

In Deutschland kam die AfD mit 15,9 Prozent der Stimmen und 15 Sitzen im Europaparlament erstmals bundesweit auf Rang zwei. Sie legte gegenüber der Wahl 2019 um sechs Mandate zu.

Die Partei des französischen Präsidenten Emmanuel Macron erhielt gerade einmal rund die Hälfte der Stimmen des Wahlsiegers Rassemblement National (RN), der Partei von Marine Le Pen. Mit 31,4 Prozent gewann sie zwölf Mandate hinzu, so dass sie nun allein 30 Rechtsradikale nach Brüssel schickt. Die kleinere, noch radikalere Schwester der RN, die Wahlgruppierung La France Fièvre der Partei Reconquête, bekam zusätzlich 5,5 Prozent, so dass die Rechtsextremisten in Frankreich bei der Europawahl auf 35 Mandate in Brüssel und zusammen knapp 37 Prozent der Stimmen kommen.

In Italien regiert bereits mit Giorgia Meloni von der Partei Fratelli d'Italia („Brüder Italiens“) eine mit dem Faschismus sympathisierende Ministerpräsi-

dentin. Bei der EU-Wahl erhielten diese **Brüder** und **Schwestern** 28,8 Prozent der Stimmen und damit in Brüssel 24 Sitze – 14 mehr als zuvor.

Erstmals gewann in Luxemburg die Rechtsaußenpartei ADR (Alternativ Demokratisch Reformpartei) einen Sitz. Fast zwölf Prozent der Luxemburger:innen gaben für sie ihre Stimme ab.

Seit Kurzem regieren in den Niederlanden die Rechtsradikalen mit. Bei der Europawahl waren sie mit ihrer Partij voor de Vrijheid der Wahlsieger. Sie kamen zwar, wie die deutsche AfD „nur“ auf Rang zwei, doch mit ihren 17,7 Prozent gewannen sie auf Anhieb sechs Mandate. Hinzu kommen zwei Sitze für die ebenfalls rechtsaußen angesiedelte BoerBurgerBeweging.

Neben diesen sechs Gründungsländern der europäischen Vereinigung blieben in vielen weiteren EU-Staaten die Rechtsradikalen stabil auf hohem Niveau oder legten sogar zu. Lediglich in Skandinavien (Finnland, Schweden und Dänemark) gewannen Linke und Ökologen.

Zentral ist bei allen genannten Parteien der Rechten eine extrem nationalistische Einstellung und eine durchaus rassistisch anmutende feindliche Einstellung gegenüber Migrant:innen. Dieses böse Hintergrundgeräusch hallt bei den aktuellen Wahlen nach. Die Wähler:innen öffnen sich zunehmend gegenüber Parolen und Desinformation von Rechts, was, wie in dieser SPERRE ab Seite 20 unser Gastautor Claudius Voigt berichtet, erhebliche negative Auswirkungen für Menschen mit Asylstatus in Deutschland hat. Passend dazu beleuchtet ab Seite 17 Christoph Theligmann die „Vorurteile über Zuwanderung“.

Den eindeutigen Schwerpunkt dieser SPERRE bildet aber die aktuelle Arbeitsplatzsituation – Stichwort: Fachkräftemangel. Wie immer runden Meldungen und Urteile das Heft ab. Viel Spaß beim Lesen und Durchblättern wünscht

Werner Szybalski

In guten, wie in schlechten Zeiten...

Mit unserem Spendenwerk unterstützen wir die Vereine und Organisationen in unserer Region. Machen Sie mit.

So funktioniert's:

- ✓ Projekt einstellen.
- ✓ Spenden sammeln.
- ✓ Idee verwirklichen.



Alles Infos & Anmeldung:
www.spendenwerk-ms.de



Stadtwerke
Münster

Abfallwirtschafts-
betriebe Münster

STADT MÜNSTER

AKKUS IM RESTABFALL? (K)EINE ZÜNDENDE IDEE!

Im Alltag wahre Helfer, im Restabfall sehr gefährlich: Akkus und Batterien können Brände verursachen und anderen Menschen schaden. Denk mit und auch an andere! Gib deine Akkus und Batterien an unseren Wertstoffhöfen ab oder bring sie in den Fachhandel.



BRANDGEFAHR!
KEINE AKKUS ODER
BATTERIEN IN DIE RESTMÜLL-
TONNE EINWERFEN!



Weitere Infos zur Entsorgung:
www.awm.muenster.de

awm

alle wirken mit!

18 Die Tatsachen kennt fast niemand

Kein anderes Wahlkampfthema steht so im Zentrum der öffentlichen Debatten wie das der Zuwanderung. Und in fast keiner gibt es so viele irreführende Meldungen und Berichte. Denn vieles ist falsch, was über die Migration medial verbreitet wird.



Fotos: Agneta Becker

22 Die Bezahlkarte dient als Versuchslabor

Die Bezahlkarte zeigt beispielhaft, wie es gelingen kann, eine rechtspopulistische Idee zum politischen Mainstream zu machen. In einer ganz großen Koalition beteiligen sich mittlerweile fast alle daran, wenn es darum geht, soziale Rechte für Nicht-Deutsche – nicht nur im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – einzuschränken und Diskriminierungen auszuweiten. Eine zentrale Rolle in diesem Prozess spielt ein Gutachten des Konstanzer Juristen Daniel Thym.



30 Coerde wächst an sich

Am 19. April dieses Jahres traf sich Oberbürgermeister (OB) Markus Lewe mit einer großen Anzahl von Teilnehmenden und wichtigen Akteuren im Haus der Offenen Tür in Münsters Stadtteil Coerde. Zuvor waren Visiten an vielen Orten in Coerde anberaumt gewesen. Markus Lewe wuchs selbst in Coerde auf. Sein Ziel sei es, dass Coerde sich positiv entwickle, an seinen „Baustellen“ arbeite und seinen Ruf als Brennpunkt widerlege beziehungsweise überwinde.

INTRO

3 Editorial

TITEL:

- 6 **Keiner will mehr arbeiten**
Stecken wir in einem Fachkräftemangel oder ist das alles Quatsch?
- 10 **Arbeitslose und Ausländer als Retter in der Not?**
Arbeitsvermittler Christian König und seine Sicht auf den Fachkräftemangel
- 14 **Alle Möglichkeiten nutzen**
Fachkräftemangel und Neurodiversität

ÜBER DEN TELLERRAND

- 18 **Die Tatsachen kennt fast niemand**
Vorurteile über Zuwanderung

ZUM LEBEN ZU WENIG

- 22 **Die Bezahlkarte dient als Versuchslabor**
Wie rechtspopulistische Politik praktisch wird, zeigt das Beispiel des AsylbLG

ARBEIT & SOZIALES

- 26 **FDP fordert „Lust auf Überstunden“**
Die Fakten sprechen gegen noch mehr Mehrarbeit
- 28 **Prekäre Ernten**
Arbeits- und Lebensbedingungen bei der Spargelernte in und um Münster

LOKALES

- 30 **Coerde wächst**
Ein ehemaliger Brennpunktstadtteil überwindet seine Vergangenheit

LESESTOFF

- 32 **Blick in die kommunalistische Zukunft**
Die sozialistische Utopie des Jakob Schäfer

RUBRIKEN

- 33 NICHT SPERRIG
- 38 URTEILE
- 38 IMPRESSUM

IN EIGENER SACHE:

Ihr seid kreativ, schreibbegabt und habt Lust auf Pressearbeit?

SPERRE – Münsters Magazin für Arbeit, Kultur und Soziales sucht Autor*innen und redaktionelle Mitarbeiter*innen. Redaktionsräume in zentraler Lage mit allem, was man braucht, vorhanden.

- **Attraktive Zuverdienstmöglichkeit** ohne Abzüge durchs Jobcenter für „Bürgergeld“-Empfänger*innen.
- **Anerkanntes Praktikum** für Schüler*innen und Studierende der Sozialen Arbeit.

Mail: sperre@muenster.de /
Tel. MS-511121

oder einfach vorbeischauen: jeden Dienstag 16 Uhr, Arbeitslose brauchen Medien e.V., Berliner Platz 8 (gegenüber vom Hbf).

Wir freuen uns auf euch!



Foto: Agneta Becker

Keiner will mehr arbeiten

Stecken wir in einem Fachkräftemangel
oder ist das alles Quatsch? *Von Arnold Voskamp*

Der deutschen Wirtschaft gehen jährlich 49 Milliarden Euro verloren, weil es nicht ausreichend Fachkräfte gibt, verlautete in diesem Mai aus dem Institut der deutschen Wirtschaft.

Man mag dabei denken: Man weiß ja, wer diese Nachricht verkündet, immerhin kommt die Meldung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft. Wer malochen geht, trägt immerhin einen Teil zu den Gewinnen bei. Die Gewinne aber sprudeln gut bei den großen Unternehmen.

Dennoch, es ist etwas dran. Es ändert sich etwas am deutschen Arbeitsmarkt. Einerseits: In Deutschland wurde noch nie so viel gearbeitet wie heute. Jahr für Jahr steigen die Zahlen der Beschäftigten und der geleisteten Arbeitsstunden, hat erst jüngst das Statistische Bundesamt festgestellt. Wo ist da der Fachkräftemangel? Andererseits: Aktuell gehen gerade die geburtenstarken Jahrgänge in die Rente, die „Babyboomer“, also diejenigen, die nach der Kriegslücke und vor dem Pillenknick der späten 1960er-Jahre geboren sind. Das sind viele, darauf muss die Gesellschaft sich einstellen.

Vollbeschäftigung oder Fachkräftemangel?

Jahrzehntelang war in der Republik Arbeitslosigkeit das bestimmende Thema. Davon redet heute niemand mehr. Es gibt sie aber noch, die Arbeitslosigkeit. Fünf Prozent davon haben wir aktuell in Münster, das gilt manchen schon als Vollbeschäftigung. Schauen wir etwa auf 1970 zurück, also vor über 50 Jahren, da hatten wir unter einem Prozent Arbeitslosigkeit. Das sollten wir nicht vergessen. Und insbesondere nicht die Menschen, die weiterhin aus dem Arbeitsleben ausgesondert sind.

Fünf Prozent in Münster, das sind 9200 Menschen. Für den genannten Bedarf an Fachkräften scheinen sie nicht die richtigen Arbeitskräfte zu sein, wegen fehlender Ausbildung, gesundheitlicher Defizite, familiärer Belastungen oder was immer die Gründe sind – dennoch sind sie ein großes Potential. Arbeitsförderung und berufliche Weiterbildung kann gegen Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel helfen. Doch der Finanzminister hat knappe Kassen und spart gerne bei den Arbeitsämtern.

Stimmungsmache

Über die nichts taugende nächste Generation klagten schon die alten Römer. Der Jammer über den Fach-

kräftemangel geht gerne und leicht in ein Lamentieren über die fehlende Bereitschaft zur Leistung über. Die jungen Leute wollten nicht mehr arbeiten, heißt es jetzt oft. Sie wüssten genau, was sie wollten, sie redeten über Work-Life-Balance, also darüber, dass das Leben auch noch mehr Seiten hat als nur die Arbeit. Doch über die fehlende Arbeitsbereitschaft wurde schon geklagt, als von Fachkräftemangel noch keine Rede war, sondern von Massenarbeitslosigkeit.

Haben sie denn nicht recht, die wählerischen jungen Leute? Haben wir das Wort vom Burning-Out beiseite getan? Wegen Überarbeitung resignieren viele Arbeitskräfte in ihrem Job. Manche überschreiten ihre Grenzen und arbeiten sich krank, manche ziehen rechtzeitig die Reißleine und gehen in Teilzeit oder verabschieden sich ganz aus ihrem Beruf. Dazu erschien ebenfalls kürzlich eine Studie.

Fachkräfte in der Pflege

In der Pflege ist der Fachkräftemangel besonders groß. Das weiß jede*r, wer pflegebedürftige Angehörige in einem Pflegeheim unterbringen möchte oder muss, oder keinen Platz im Krankenhaus findet. Manche Krankenhäuser müssen zeitweise oder dauernd Stationen schließen, weil



Foto: Agneta Becker

25 Prozent der ausgebildeten Pflegekräfte scheiden in den ersten fünf Berufsjahren schon wieder aus ihrem Beruf aus

Personal fehlt – auch die Uniklinik Münster. Es fehlt Personal und gleichzeitig gibt es viele Pflegekräfte, die ihre Arbeitszeit reduziert oder komplett das Handtuch geworfen haben. Ein wichtiger Grund: Die Arbeit ist nicht gut organisiert, zu viel Druck, zu wenig Anerkennung, zu wenig vereinbar mit der Familie. 25 Prozent der ausgebildeten Pflegekräfte scheiden in den ersten fünf Berufsjahren schon wieder aus ihrem Beruf aus.

Die Arbeitnehmerkammer Bremen hat zusammen mit dem Institut für Arbeit und Technik (IAT) Gelsenkirchen und der Arbeitskammer Saarland in einer Studie untersucht, was ausgeschiedene Pflegekräfte zur Rückkehr bewegen kann und wie Teilzeitkräfte ihre Arbeit ausweiten würden. Bei vorsichtiger Kalkulation könnten 300.000 Vollzeitstellen in der Pflege mit solchen Rückkehrer*innen besetzt werden. Optimistische Annahmen führen sogar zu einem Potential von zusätzlich 660.000 Pflegekräfte.

Allein eine bessere Organisation würde die Situation in der Pflege dra-

stisch entschärfen. Natürlich muss das zusätzliche Personal anständig bezahlt werden, Lob und Beifall von der Seite reichen nicht aus. Dass Überlastungen tatsächlich einen Aspekt des Fachkräftemangels darstellen, zeigt die bereits erwähnte Studie auf. Statt sich mit Kinkerlitzchen wie Homöopathie zu beschäftigen,

könnte der Gesundheitsminister hier Wichtiges leisten.

Unter <https://www.arbeitnehmerkammer.de/studie-ich-pflege-wiederwenn.html> findet man diese sehr gut lesbare Studie.

Fachkräftemangel und Verhandlungsstärke der Gewerkschaften

Nach langen Jahren von Reallohnverlusten und schlechter Verhandlungsposition in Tarifverhandlungen hat sich der Fachkräftemangel positiv auf Arbeitskräfte und Gewerkschaften ausgewirkt. Die Eisenbahnerstreiks in diesem Frühjahr haben erfolgreich um Arbeitszeitverkürzung für Lokomotivführer*innen im Schichtbetrieb gestreikt. In der Krankenpflege konnte ein Entlastungstarifvertrag durchgesetzt werden, viele

Länger anarbeiten gegen den Fachkräftemangel

Hermann R. ist jetzt 66 Jahre alt, es ist also Zeit für die Rente. Hermann ist jedoch schon zwei Jahre in Rente. Er hat 48 Jahre als Dachdecker gearbeitet und konnte mit 64 ohne Abschlüsse in Rente gehen.

Das wurde auch Zeit. Hermann hat schon lange Rheuma. Jahrelang bei Wind und Wetter auf dem Dach zu stehen, hat ihm zugesetzt. Vor acht Jahren ist Hermann mal arbeitslos geworden. Sein alter Chef hat damals die Firma aufgegeben, niemand wollte sie übernehmen. Hermann hat mitgekriegt, wie es älteren Arbeitssuchenden so geht. Schon das Alter ist ein Vermittlungshemmnis, dazu seine gesundheitliche Lage. Aber Hermann konnte etwas in seinem Fach, da war er nicht so lange ohne Arbeit. Die hat er dann noch ein paar Jahre gemacht, auch wenn er zunehmend kränker darüber wurde.

Wenn er zwei Jahre vor dem regulären Renteneintrittsalter 45 Versicherungsjahre zusammen hatte, konnte er vorzeitig in die ungekürzte Rente gehen. 63 Jahre alt musste er mindestens sein, so ist die Regel. Aber wie gesagt: Zwei Jahre vorher war bei ihm mit 64 Jahren und da hatte er schon 48 Arbeitsjahre voll.

Jetzt wird in der Politik diskutiert, ob dieser vorzeitige Renteneintritt noch sein darf. Damit würden die Beitragszahler zu sehr belastet, heißt es. Der Fachkräftemangel nehme zu, da würde jede Hand gebraucht. Wenn der vorzeitige Renteneintritt nach langjähriger Beschäftigung tatsächlich abgeschafft wird, dann heißt das für Hermann R., dass er länger arbeiten oder eine Rentenkürzung in Kauf nehmen muss. Für Leute wie Hermann R. ist diese Diskussion ein Tritt in den Hintern. *avo*

Kliniken müssen jetzt Überlastungen in der Pflege mit Freizeit ausgleichen oder aber mehr Lohn bezahlen. Eine bessere Organisation im Sinne der Beschäftigten ist weder Luxus noch Lifestyle, sie kommt auch der Gesundheit zugute.

Nach langen Jahren des Abschwungs steigen die Mitgliedszahlen von Ver.di und anderen Gewerkschaften wieder.

„Work-Life-Balance“

Überall werden Fachkräfte gesucht. Gleichzeitig gab es noch nie so viele Erwerbstätige in Deutschland wie heute. Was passiert da? Was machen die alle? Was für einen Wohlstand schaffen die? Wollen die nicht arbeiten?

Wenn so viele Menschen beruflich tätig sind, dann braucht es auch andere, die ihnen ein Essen zubereiten – denn dazu haben die Berufstätigen weniger Zeit. Oder um die Kinder zu betreuen: Wenn Vater sowieso arbeiten ist und die Mutter auch ran soll, da braucht es Erzieher*innen. Oder um unterstützungsbedürftigen Familienangehörigen zur Hand zu gehen, auch dort entsteht größerer Bedarf an Pflege- und Unterstützungsleistungen.

Da kommt die Frage nach der sogenannten Work-Life-Balance auf. Wie und wieviel wollen wir zukünftig arbeiten? Wie sieht unsere Zukunft aus? Immer mehr arbeiten? Oder besser mehr Zeit für die eigenen Kinder haben, öfter mal Spaß und Zeit, selber zu kochen? Die Fachkraft für das eigene Leben sein?

Fachkräftemangel bedeutet oft Wohnungsmangel

In Münster gab es noch nie so viele Beschäftigte. In der Stadt wohnen 319.000 Menschen. Von ihnen sind 170.000 beruflich tätig. In Münster arbeiten aber noch viel mehr, näm-

lich 236.000 Menschen: 109.000 Arbeitskräfte pendeln werktäglich von außerhalb ein, 43.000 Menschen aus Münster fahren gleichzeitig nach außerhalb zum Arbeiten. Münsters Bahnhof ist nicht nur Problemgebiet von heimatlosen oder gestrauchelten Menschen, am Bahnhof muss man zu Stoßzeiten aufpassen, dass man der Masse von Pendler*innen nicht unter die Füße gerät.

Viele Arbeitgeber*innen finden keine Beschäftigten, dann sprechen sie von Fachkräftemangel. Ein Grund dafür ist, dass viele Beschäftigte eine Wohnung in Münster kaum bezahlen können. Wenn eine Erzieherin oder ein Krankenpfleger nur weiter weg von Münster eine Wohnung findet, wird irgendwann die tägliche Fahrzeit zu lang oder der Fahrweg für sie zu weit. Dann aber wird auch ein Arbeitsplatz in einer Kita in Ostbevern oder im Krankenhaus von Coesfeld eine Stelle als Pfleger irgendwann attraktiv.

Früher gab es mal Eisenbahnerwohnungen oder Schwesternwohnheime in der Nähe von deren Arbeitsplätzen. Das halbe Ruhrgebiet bestand aus Werkwohnungen. Die sind inzwischen privatisiert, dem Markt zum Fraße vorgeworfen, die Mieten sind kaum mehr bezahlbar. Wenn die Stadt Flächennutzungspläne erstellt, geht es gern um Gewerbegebiete, weniger um Wohnungen, und wenn, dann werden sogenannte Investoren gesucht, auf Deutsch Miethaie. Vielleicht können Münsters Arbeitgeber*innen ihre Forderungen nach Gewerbeflächen auf solche für Werkwohnungen ausweiten? Werkwohnungen für Münster: Das wäre ein Leuchtturmprojekt, mit dem Münster ins Land leuchten könnte. Und auf diese Weise Fachkräfte anlocken oder halten.

Nicht nur Fachkräfte gesucht

Gesucht werden aber auch Arbeitskräfte ohne eine Fachausbildung.

Beispielsweise Busfahrer*innen. Sie haben manchmal zwar eine Ausbildung, meist aber sind sie angelernt und keine Facharbeiter*innen. Sie führen zwar einen großen Bus, sind aber dadurch noch längst keine Führungskräfte. Sie haben nicht deren entspannte Arbeitszeiten und werden schon gar nicht wie solche bezahlt. Oder etwa Zimmermädchen und Houseboys im Hotel und Servicekräfte in der Gastronomie, Bereiche mit hoher Arbeitsbelastung und tendenziell schlechter Arbeitsorganisation und unattraktiven Arbeitszeiten.

In diesen Branchen fehlt die Verhandlungsmacht, um bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können. Dann dauert's länger oder die Arbeitskräfte wandern ab, wie in der Corona-Pandemie gesehen. ■



Foto: Agneta Becker

Einer der Gründe für den Fachkräftemangel in Münster ist auch das geringe Angebot an bezahlbaren Wohnungen

Arbeitslose und Ausländer als Retter in der Not?

Arbeitsvermittler Christian König und seine Sicht auf den Fachkräftemangel

Von Hans Römer Santaella



Fachkräftemangel in Bau und Handwerk
Foto: Agneta Becker

Trotz des aktuellen Fachkräftemangels waren in Deutschland noch nie so viele Menschen in Lohn und Brot. Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) haben wir einen historischen Höchstwert der Beschäftigung erreicht. Wie kommt es dann gegenwärtig zu den Turbulenzen am Arbeitsmarkt? Dazu haben wir mit Christian König, operativer Geschäftsführer der BA Ahlen-Münster, ein Gespräch geführt.

„187.222 Frauen und Männer sind sozialversicherungspflichtig“, also 2672 mehr Menschen im Vergleich zum Vorjahr. Und: „Die Bevölkerung in Münster wird gegen den überregionalen Trend weiterwachsen“, prognostiziert eine BA-Studie vom März 2024 die Entwicklung bis 2050.

Warum wird von einer unhaltbaren Situation gesprochen, besonders in Branchen wie der Pflege, der IT, dem Handwerk und dem Bau und wieso grassiert der Mangel auch im öffentlichen Dienst? Für den Fachkräftemangel findet Christian König nur ein Wort: „Dramatisch“.

Bye-bye, Babyboomer

Wie konnte es so weit kommen? Corona habe laut König zur Verschlimmerung einer bereits bestehenden

Schiefelage geführt. Aber wie war es vor der Pandemie? War der Fachkräftemangel vorauszusehen? Als Vermittler von Ausbildungs- und Arbeitsstellen in seiner Behörde weiß König, dass es längst Warnungen vor dem wichtigsten Auslöser der aktuellen Krise gegeben hat: Dass die Babyboomer in Rente gehen und eine schwer zu füllende Lücke am Arbeitsmarkt hinterlassen werden. „Viele qualifizierte Mitarbeiter stehen kurz davor, in Rente zu gehen“, dieser Fakt war also seit mindestens zehn Jahren klar. Nur... wer soll dann diese Arbeitsplätze übernehmen?

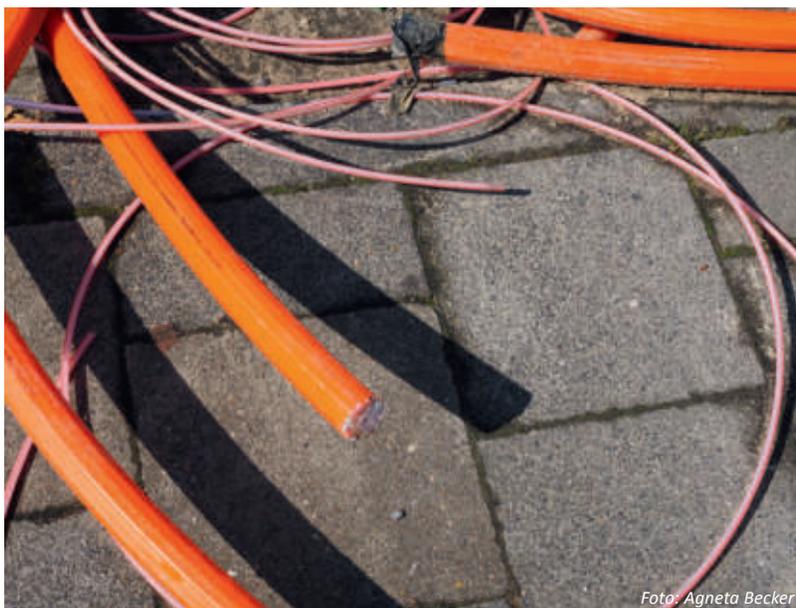


Foto: Agneta Becker

Um gegenzusteuern, kümmern sich König und seine BA-Mitarbeiter*innen um Projekte zur sogenannten „Berufsorientierung“ von Jugendlichen, aber auch zur „beruflichen Neuorientierung“, insbesondere von Arbeitslosen. König

Die Babyboomer gehen in Rente und hinterlassen eine schwer zu füllende Lücke am Arbeitsmarkt

selbst ist als Berufsberater von Jugendlichen, Studienanfänger*innen und Hochschulabsolvent*innen in Münster unterwegs. Messen und Veranstaltungen gehören zu seinem Aufgabenbereich.

„Incentives“ machen den Unterschied

Eine aktuelle Debatte auf dem Arbeitsmarkt ist die Integration der jungen Arbeitskräfte. Dabei stellt sich die Frage: Müssen sich die Jungen in die traditionellen Geschäftsprozesse einfügen oder sollen die Führungskräfte die Arbeitsplätze an die Bedürfnisse des Nachwuchses anpassen?

König betont, dass die gesetzlichen Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen und Tarifen ausreichen müssen, um Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden. Zahlreiche Arbeitgeber bieten zudem darüber hinaus

attraktive Geld- und Sachleistungen, sogenannte Incentives. „Junge Menschen können damit Interesse an einer Karriere in ihrem ausgewählten Unternehmen entwickeln, wenn der Arbeitgeber beispielsweise die Mitgliedsbeiträge für das Fitnessstudio ihrer Mitarbeiter komplett übernimmt.“

Also ist die jüngere Generation eher leistungsschwach und freizeitorientiert? König hält von solchen Pauschalurteilen nichts: „Viele junge Menschen sind einfach schlecht berufsorientiert, daher wechseln sie schnell in andere Branchen, wenn sie sich anders orientieren oder brechen einfach ihre Ausbildungen aus anderen Gründen ab.“

Deshalb arbeiten die Arbeitsagenturen seit geraumer Zeit verstärkt an den Schulen. Nach BA-Zahlen gibt es derzeit in Münster mehr als 400 Ausbildungsmöglichkeiten für Bewerber*innen, die noch Schüler*innen sind oder dort gefördert werden könnten.

„Ab Klasse 8 haben alle Schüler einen Berufsberater, der in Zusammenarbeit mit uns alle Aktivitäten koordiniert. Wir organisieren monatliche Infostände, um alle notwendigen Informationen für Lehrer, Eltern und Schüler bereitzustellen und die Aufmerksamkeit der Jugendlichen zu wecken.“

Und welche Rolle spielen die Eltern bei der Berufswahl? Dazu sagt König, es gebe Job-Veranstaltungen und -Messen speziell für Eltern, die ihrerseits Orientierung für die Berufswahl der Kinder benötigten.

Headhunting geht über Grenzen hinaus

Zur Frage, ob Arbeitslose den Arbeitskräftemangel beheben können, antwortet König: „Viele verfügen nicht über ausreichende Qualifikationen, um die offenen Stellen zu besetzen, oder passen einfach intellektuell nicht.“ Deshalb bemühen sich Jobcenter und Arbeitsagenturen, die Qualifikation der Erwerbslosen zu stärken. Aber sie unterstützen auch bei der Anerkennung akademischer Grade und bei der Verbesserung von Sprachkenntnissen. „Viele Arbeitnehmer bilden sich selbständig beruflich und nebenberuflich weiter.“ So erwerben auch viele Azubis „on the job“, also während der Berufstätigkeit das nötige Know-how.

Wenn allerdings nur wenige Bewerber*innen auf viele freie Stellen treffen, ist Kreativität gefragt. Hier könnte die Rettung aus dem Ausland kommen: So sind die Deutschkurse außerhalb der Bundesrepublik sehr gefragt und Institutionen wie das Goethe-Institut, so König, machen sich dieses starke Interesse zunutze. Sie bereiten die



Foto: Agneta Becker

Teilnehmenden in verschiedenen Ländern mit dem Spracherwerb auf eine mögliche Arbeit in Deutschland vor. Doch dies ist erst der Anfang: Für ausländische Bewerber*innen und deutsche Arbeitgeber*innen beginnt nun ein meist komplizierter Prozess.

Die Integration ausländischer Arbeitnehmer*innen ist für Deutschland eine echte Herausforderung

„Es ist eine harte Arbeit und erfordert viel Koordination mit verschiedenen Organisationen und Ämtern in Bonn und Nürnberg“, berichtet König über die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte, die er immerhin als „weniger bürokratisch als zuvor“ beschreibt. Er erwähnt dabei nicht, dass die Anträge mit komplizierten Prozeduren in Konsulaten und Botschaften ihren Anfang nehmen.

„Außerdem müssen wir darauf achten, dass wir die Nachfrage nach Arbeitskräften in kritischen Sektoren in ihren eigenen Ländern nicht beeinträchtigen. Denn es nützt nichts, ausländisches Personal zu holen, um offene Stellen, hier beispielweise im Pflegebereich, zu besetzen, wenn die Situation dort ebenfalls kritisch ist.“

Zahlreiche Stolpersteine

Die deutsche Sprache und die berüchtigten Schwierigkeiten bei ihrem Erlernen sind nur die Spitze des „Barriere-Eisbergs“ für ausländische Arbeitskräfte. Das letzte „Deutsch-Wort“ haben dann die sogenannten Kompetenzzentren der Industrie- und Handelskammern und die Arbeitsagenturen, die jeden Antrag überprüfen müssen. So kann die IHK-Akte eines ausländischen Bewerbers oder einer Bewerberin mehr als 100 Seiten stark sein. Bereits das auf diesem Gebiet federführende „Kompetenzzentrum der Industrie- und Handelskammern zur Festlegung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsabschlüsse“ trägt einen komplizierten Namen – schwer zu merken und noch schwerer auszusprechen. Dazu kommen Anhänge, Zertifikate, Abschlusskopien, noch mehr Unterlagen und Daten, die zur Authentifizierung einzureichen sind. Als Job-Motivation nur den leerfegten deutschen Arbeitsmarkt zu nennen, ist längst nicht ausreichend. Viele Bewerber*innen stehen vor einem monatelangen Prozess, der doch nur ihre Kenntnisse und Stärken bestätigen soll, um sie später als Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Die Integration ausländischer Arbeitnehmer*innen und der Aufbau einer funktionierenden „Willkommenskultur“ ist für Deutschland eine echte Herausforderung. Dennoch, versichert König, dass „der Markt und die Leute immer für ausländische Fachkräfte offen sind“, nicht unbedingt wegen der aktuellen Nachfrage, sondern weil „es unsere Kultur ist“.

Laut des BA-Berichtes „Arbeitsmarkt kompakt | Februar 2024“, ist die Zahl der erwerbstätigen Deutschen im vergangenen Jahr beispielsweise in Pflegeberufen um fast 17.000 gesunken. „Dieser kräftige Rückgang gegenüber Juni 2022 wurde aufgefangen durch 4500 zusätzliche Fachkräfte aus dem Westbalkan und ebenfalls zusätzlichen 4500 aus den Asylherkunftsländern und der Ukraine. Mit über 15.000 kam jedoch der größte Beitrag aus den übrigen Drittstaaten.“

Ebenso bekannt ist, dass diese Arbeitsmigrant*innen mit deutlich mehr sozialen Schwierigkeiten konfrontiert sind, etwa wenn sie eine Wohnung oder einen Kitaplatz für ihre Kinder suchen. War die Wertschätzung der sogenannten systemrelevanten Arbeit nur während der Corona-Pandemie gültig oder soll sie generell als Bestandteil der Willkommenskultur gelten? Wie dem auch sei – die Unterstützung für Mitarbeiter*innen in der Pflege scheint wieder deutlich auf dem Rückzug zu sein.

„Misere“ in den Kitas

Die aktuelle Situation in vielen Kitas, in denen ebenfalls qualifiziertes Personal fehlt, wird von König schlichtweg als „Misere“ bezeichnet. Als bekennender Förderer der „Chancengleichheit von Frauen und Männern in Münster“ diagnostiziert er unzählige Schwierigkeiten in Kindergärten und Kitas – bis hin zur Schließung ganzer Einrichtungen wegen Personalmangels.

In diesem Zusammenhang sollten jene Mütter erwähnt werden, die nicht in den Arbeitsmarkt re-integriert werden können, weil sie keine Kinderbetreuung aufreiben können. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts vom September 2023 „befinden sich gut ein Drittel der 25- bis 59-jährigen Frauen in stiller Reserve und geben Betreuungspflichten als Hauptgrund für ihre Inaktivität am Arbeitsmarkt an“.

Aufgrund dieser Problemlage wurde 2021 das Pilotrekrutierungs-Projekt für Erziehungskräfte in NRW gestartet. Es zielt darauf ab, qualifizierte Erzieherinnen aus Spanien in deutschen Kindergärten zu beschäftigen – mit der Möglichkeit, nach Abschlüssen und Sprachkenntnistests als „Staatlich anerkannte Erzieher*innen“ anerkannt zu werden.

Vier-Tage-Woche, Job-Turbo – was hilft?

Länder wie Großbritannien und Dänemark entwickelten eine vielversprechende Idee: Um den Personalmangel zu bekämpfen, wurde die Arbeitswoche in vielen Branchen auf vier Tage reduziert. König zeigt sich skeptisch, ob die deutsche Lokal- und Bundespolitik diesen Lösungsvor-

schlag akzeptieren würde: „Es wird einige Unternehmen geben, denen es gefallen könnte, die Arbeitstage und Arbeitsstunden zu reduzieren, aber nicht in allen Sektoren wird es möglich sein, diese Maßnahme zu ergreifen, wenn von Montag bis Freitag oder sogar bis Samstag noch Personal benötigt wird.“

Apropos Politik: Der „Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten“ ist eines der Vorzeigeprojekte von Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales. „Es ist ein Projekt, das betrifft spezifisch das Jobcenter“, sagt König und erwähnt die Zahlung von Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder Insolvenz in seinem Verantwortungsbereich bei der BA in Münster.

Eine Linderung des „dramatischen“ Fachkräftemangels in Deutschland könnte durch Arbeitslose, Migrant*innen und Nachwuchs erfolgen. Das hat die BA erkannt und investiert kräftig in die Förderung dieser Personengruppen, ohne das Thema Lohn anzusprechen. Allerdings sind noch viele weitere entschlossene Maßnahmen nötig, um die aktuelle Krise zu entschärfen. Das Problembewusstsein in der

breiten deutschen Öffentlichkeit scheint noch gering: Viele Deutsche sehen die ausländischen Arbeitskräfte eher als Problem und nicht als Lösung. Die Arbeitslosen werden zwar als „Reserve“ für unbesetzte Stellen wahrgenommen, aber nur selten als „Retter in der Not“ geschätzt – unter anderem weil ihre berufliche Qualifizierung und für viele der Spracherwerb erhebliche Kosten verursachen.

Während Expert*innen und Parteifunktionär*innen in verschiedenen Talkshows über dieses Thema streiten, stapeln sich Hunderte Bewerbungen auf den Schreibtischen der Behörden; die Menschen müssen auf ihre Arbeitserlaubnis war-

Selbst in Münster mussten Stadtbusse schon im Depot bleiben und Fahrpläne ausgedünnt werden, weil nicht genügend Busfahrer*innen vorhanden waren.

ten. Gleichzeitig feiern immer mehr Arbeitnehmer*innen den Eintritt in ihren beruflichen Ruhestand, allerdings bleiben viele ihrer Arbeitsplätze unbesetzt. Die Leidtragenden sind bekannt: Den Pflegebedürftigen fehlt der Pfleger und den Kitakindern die Erzieherin. Aber auch im öffentlichen Dienst und in der IT wird die Lage brenzlig. Selbst in Münster mussten Stadtbusse schon im Depot bleiben und Fahrpläne ausgedünnt werden, weil nicht (mehr) genügend Busfahrer*innen vorhanden waren. Ähnlich sieht die Situation bei den Bahnunternehmen aus, die händeringend Lokführer*innen suchen.

Bleibt die Frage: Sind all diese Berufe und Tätigkeiten tatsächlich auf einmal für die nachfolgende Generation so unattraktiv geworden oder sind es doch die Rahmenbedingungen, die die entscheidende Rolle spielen? Könnten bessere Anfahrtsmöglichkeiten, ein gutes Betriebsklima für Jüngere, nachhaltige Arbeitsbedingungen und ein „fairer Lohn“ helfen, die freien Stellen schneller zu besetzen? ■

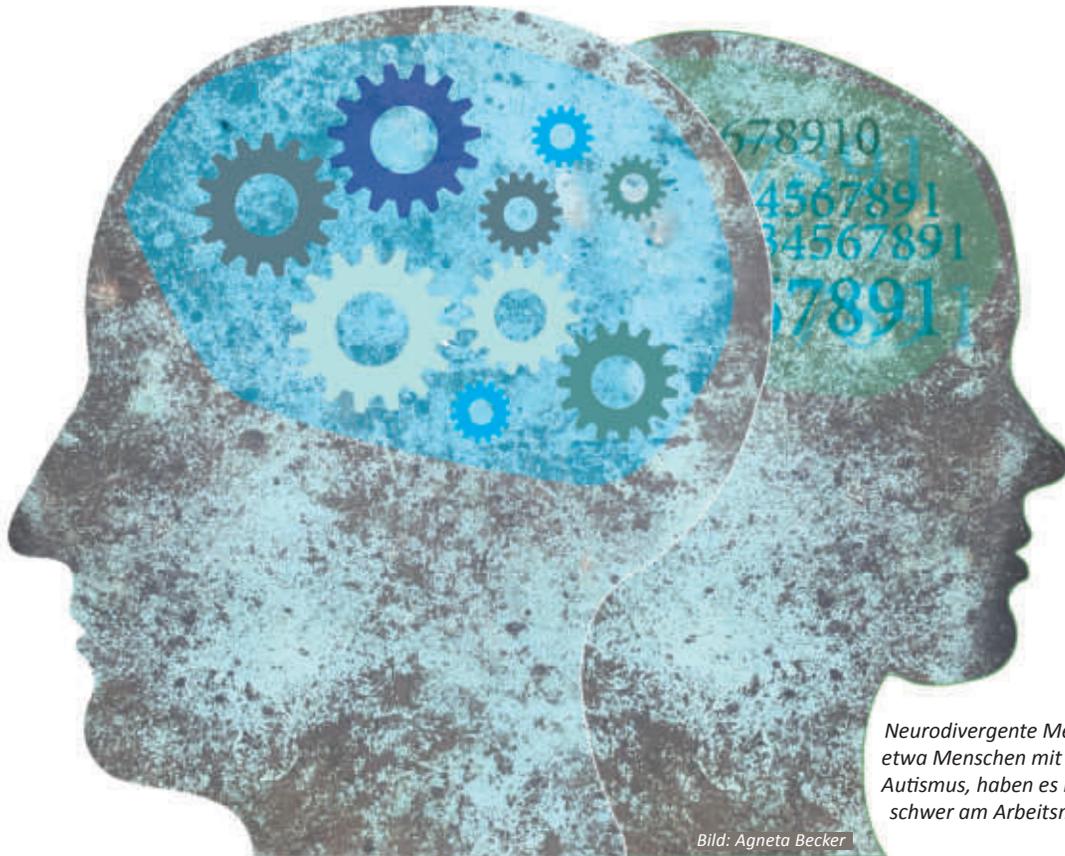


Auch in Kindergärten und Kitas fehlt es an qualifiziertem Personal – Foto: Agneta Becker

Alle Möglichkeiten nutzen

Fachkräftemangel und Neurodiversität

von Regina Ioffe



Neurodivergente Menschen, etwa Menschen mit ADHS oder Autismus, haben es besonders schwer am Arbeitsmarkt

Bild: Agneta Becker

Das Weltwirtschaftsforum prognostiziert, dass es zukünftig in den USA und insbesondere in Europa wesentlich schwieriger wird, passende Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für offene Stellen zu finden. Eine wesentlich größere Rolle sollte deshalb eine Politik der Vielfalt, der Gleichstellung und der Inklusion spielen.

Bereits in den 1960er-Jahren kam in den USA der sogenannte Diversitätsgedanke auf. Durch die Verabschiedung des „Equal Employment Opportunities“-Gesetzes im Jahr 1965 wurde öffentlichen Unterneh-

men verboten, jemanden wegen seines Geschlechts und Alters, seiner Herkunft, Rasse oder Behinderung zu diskriminieren. Amerikanische Großkonzerne wie Ford, Hewlett-Packard, IBM, Procter & Gamble brachten den Diversitätsgedanken in den 1990er-Jahre zu ihren Standorten nach Europa, so auch nach Deutschland.

Lufthansa und Daimler übernahmen den Diversitätsgedanken, aber nur in Teilen, sie förderten hauptsächlich Internationalität und Altersvielfalt.

Es gab und gibt aber einige Gruppen von Arbeitnehmenden, die es besonders schwer am Arbeitsmarkt hatten und haben: neurodivergente

Menschen, etwa Menschen mit ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätsstörungen) und insbesondere Menschen mit Autismus.

Das hat Gründe: Kommunikation und Interaktion mit Arbeitskolleg*innen, Vorgesetzten und Kund*innen, die Reizfilterung am Arbeitsplatz und die Selbstorganisation bringen für Autisten beachtliche Schwierigkeiten mit sich.

Deutschland hat keine spezielle bundeseinheitliche Strategie zur Beschäftigung von Menschen mit Autismus und steht damit hinter Staaten wie Dänemark, Großbritannien, Ungarn und Frankreich.

In Deutschland haben zudem wissenschaftlich fundierte exakte Statistiken über Menschen mit Autismus gefehlt. Schätzungen gehen heute von Krankheitshäufigkeit von 0,9 bis 1,1 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Das sind in absoluten Zahlen rund 830.000 Menschen, die mit einer Autismus-Spektrum-Störung hierzulande leben.

Dänemark zum Beispiel verfügt über genauere Zahlen und diese sind beunruhigend, weil sie wachsen. Während im Jahr 2013 noch 1,3 Prozent der Personen unter 18 Jahren die Diagnose ADHS erhalten haben, sind es 2023 schon 2,4 Prozent. Bei Autismus haben sich die Zahlen sogar von 0,9 Prozent auf 2 Prozent mehr als verdoppelt. Eine Inklusion in das gesellschaftliche Leben und das Arbeitsleben gewinnt daher dort zunehmend an Bedeutung.

Bis zu 85 Prozent der Menschen mit Autismus waren früher arbeitslos

Das gilt nicht nur für die internationale Ebene. In Deutschland befanden sich einer nicht repräsentativen Studie von Dalferth aus dem Jahr 2005 zufolge 40-50 Prozent der Personen aus dem Autismus-Spektrum in einer Werkstatt für behinderte Menschen. 43-50 Prozent der Betroffenen waren zum Zeitpunkt der Studie arbeitslos, lediglich 5-12 Prozent gingen einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nach (Dalferth 2014).

Bei Vorstellungsgesprächen konnten Autisten sich gar nicht erfolgreich „vermarkten“. Auch heute gilt für sie: Solche Menschen vermeiden Augenkontakt, lächeln kaum, haben eine andere Körpersprache. Kon-

ventionelle Vorstellungsgespräche sind auf neurotypische Menschen zugeschnitten. Autisten oder Menschen mit ADHS fallen dabei durchs Raster.

Menschen mit hochfunktionierendem Autismus (Asperger-Autismus) sind zielstrebig, loyal. Sie verfügen über eine besondere Aufmerksamkeit zu Details, sie haben eine ausgeprägte Logik, eine sehr gute Fähigkeit zur Mustererkennung und zu Problemlösungen. Sie sind innovativ und können in einigen Bereichen,

Konventionelle Vorstellungsgespräche sind auf neurotypische Menschen zugeschnitten. Autisten oder Menschen mit ADHS fallen dabei durchs Raster.



fast umsonst - mit dabei!

... fast umsonst - mit dabei! richtet sich an Menschen, die aufgrund von Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und geringem Einkommen Unterstützung suchen. Ob es sich um ein Dach über dem Kopf, günstige Kleidung, preiswerte Möbel oder eine erschwingliche Mahlzeit handelt, hier findet man Tipps zum Überleben in Münster. Informationen und Adressen sind auch in Sachen Ämter, Beratung, Weiterbildung und Hilfe zur Selbsthilfe aufgeführt. Armut in Münster muss nicht ins gesellschaftliche Abseits führen. www.münster-fast-umsonst.de

fast umsonst

mit dabei!



etwa im IT-Bereich und der Robotik besser arbeiten als ihre neurotypischen Kolleg*innen. Autistische Arbeitnehmende brauchen aber Unterstützung bei der Vermittlung und der Tagesarbeit.

Vor 20 Jahren, also 2004, wurde das Nonprofit-Unternehmen Specialisterne in Dänemark gegründet. Sein Ziel war die Vermittlung von Menschen mit Autismus oder anderen neurodivergenten Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt. Gegenwärtig hat das Unternehmen seine Niederlassungen in 13 Staaten, unter anderen in Australien, Brasilien, Kanada, Indien, den USA. Dänemark war das erste Land in Europa, das eine nationale Strategie über Bildung und Beschäftigung von autistischen Menschen im Jahr 2006 verabschiedete. Innerhalb der vergangenen 20 Jahre vermittelte das Unternehmen mehr als 10.000 neurodivergente Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt in den verschiedensten Wirtschaftssektoren von IT bis zu Logistik, Fertigung, Museen usw.

Umdenken erforderlich

Ausgehend von der Erfahrung in Dänemark, wurde 2008 in den USA Aspiritech, ein Unternehmen für die Softwaretestung, gegründet. Fast

90 Prozent seiner Mitarbeitenden sind Autisten. Um Kommunikationswege für Autisten anzupassen, werden Anweisungen für sie vorwiegend schriftlich statt mündlich kommuniziert. Und es gibt die Möglichkeit zu einem reduzierten Tages-Arbeitspensum: sechs bis maximal acht Stunden, für einige Arbeitnehmende sogar Teilzeit mit nur vier Stunden pro Tag – das ist für die USA eher unüblich. Im Unternehmen gibt es speziell ausgestattete Ruheräume, wo die Arbeitnehmenden sich von Reizüberflutungen erholen können.

Maxwell Huffman, Vizepräsident für Betriebsabläufe bei Aspiritech: „Es gibt so viele Arbeitskräfte mit Behinderungen, die wirklich enorm viel zu bieten haben, und die Unternehmen haben einfach nicht genug investiert, um diese Arbeitskräfte zu erschließen“, sagt Huffman. „Aber wenn sie es täten, würden sie erkennen, dass es sich um eine riesige Menge an ungenutztem Talent handelt und dass es sich um eine lohnende Investition handelt, die sich am Ende für diese Unternehmen auszahlt.“

Personalrecruiter sind häufig mit unbewussten Vorurteilen zu neurodivergenten und behinderten Bewerber*innen behaftet. Konven-

tionelle Beurteilungssysteme stellen Barrieren für die Einstellung von neurodivergenten Menschen dar. In der deutschen Privatwirtschaft gibt es zu wenige Unternehmen, die bei sich ernsthaft und konsequent Inklusion durchführen.

2013 wurde in München die deutsche Niederlassung des dänischen Unternehmens Specialisterne eröffnet, vier Jahre später war sie schon wieder aufgelöst. Als zu kompliziert erwies sich die deutsche Unternehmenskultur für die Firma.

Ein anderes Unternehmen in Deutschland, das sich auf die Beschäftigung von Autist*innen im IT-Sektor spezialisierte, ist dagegen sehr erfolgreich. 2011 wurde in Berlin von Dirk Müller-Remus die Auticon GmbH gegründet. Das Unternehmen wurde unterstützt durch den Ananda Social Venture Fund.

„Es gibt so viele Arbeitskräfte mit Behinderungen, die wirklich enorm viel zu bieten haben, und die Unternehmen haben einfach nicht genug investiert, um diese Arbeitskräfte zu erschließen“

Nach dem Aufbau einiger Niederlassungen in Deutschland, expandierte Auticon auch ins europäische Ausland und gründete Standorte in Frankreich, Großbritannien, Italien, die Schweiz, Norwegen, Finnland, Schweden, die Niederlande und Polen.

Isabelle Joswig, Inklusionsbeauftragte bei Google Deutschland, zieht in der Sache ein Fazit. Sie sagt, dass der Luxus von unzähligen jungen Talenten und Fachkräften schon lange vorbei sei und fordert ein Umdenken sowohl seitens der Privatwirtschaft als auch der öffentlichen Wirtschaft. Neurodiverse Eigenschaften müssten „endlich entstigmatisiert“ werden. ■



Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

DAS VOLLE PROGRAMM (über die Woche)

Montag	10:00 – 16:00 Uhr	SERVICEZEIT
Dienstag	10:00 – 14:00 Uhr 14:00 – 16:00 Uhr 16:00 – 18:00 Uhr	SERVICEZEIT Ideenschmiede Computerkurs
Mittwoch	10:00 – 11:30 Uhr 11:30 – 13:00 Uhr 14:00 – 16:00 Uhr 16:00 – 18:00 Uhr	Der Pflanzendoktor Teamsitzung und -schulung Sprachkurs offener Treff
Donnerstag	10:00 – 14:00 Uhr 14:00 – 18:00 Uhr	SERVICEZEIT (für alle) SERVICEZEIT (nur für Frauen)
Freitag	10:30 – 13:00 Uhr 13:00 – 16:00 Uhr	Freitagsfrühstück offener Treff

MALTA – Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße (bahnhofsnahe) sucht Unterstützer*innen, die Erwerbslosen und Geflüchteten beim Ausfüllen amtlicher Formulare, der Stellensuche u.a. hilfreich zur Seite stehen möchten.

- **Attraktive Zuverdienstmöglichkeit** ohne Abzüge durchs Jobcenter für „Bürgergeld“-Empfänger*innen.
- **Anerkanntes Praktikum** für Schüler*innen und Studierende der Sozialen Arbeit.

Mail: malta@maltanetz.de /
Tel. MS-4140553
oder einfach mal vorbeischaun:
Achtermannstr. 10-12, im Hof des cuba.
Wir freuen uns auf euch!

Achtermannstr. 10-12 (Hof vom Cuba) • 48143 Münster • Tel. 0251 4140553
malta@maltanetz.de • www.maltanetz.de



Wir benötigen dringend Geld für Kaffee,
Kaffeefilter, Milch, Lebensmittel ...



Münsters Arbeitslosentreff
Achtermannstraße 10-12 | 48143 Münster
Tel 0251 4140553

Das MALTA ist ein offener Treff für Arbeitslose.
Es ist eine ergänzende Anlaufstelle für Fragen rund
um das Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit.

Die **Tatsachen** kennt fast niemand

Vorurteile über Zuwanderung

Von Christoph Theligmann

Kein anderes Wahlkampfthema steht so im Zentrum der öffentlichen Debatten wie das der Zuwanderung. Und in fast keiner gibt es so viele irreführende Meldungen und Berichte. Denn vieles ist falsch, was über die Migration medial verbreitet wird.



Foto: Agneta Becker

Das politische Thema, das alle anderen verdrängt, ist das Thema Migration – zumindest in den westlichen Demokratien. Der Streit über die Zuwanderung in all ihren Formen, den Zuzug von Fachkräften bis hin zu Flüchtlingen, verändert die Gesellschaften. Das Streitthema verhalf Donald Trump zu seinem Sieg zum US-Präsidenten 2016. Dieses Thema machte auch den Brexit möglich. Die Kontroverse stärkt rechtspopulistische Kräfte in ganz Europa. Doch es gibt Ansichten über Migration, die sich bei näherer Betrachtung als falsch erweisen.

Die gegenwärtige Einwanderung bricht alle Rekorde

*„Wir leben im Zeitalter einer nie da gewesenen Massenmigration. Durch Völkerwanderungen gerät alles außer Kontrolle.“ Ständig vermitteln viele Politiker*innen und Medien in ihren Reden diesen Eindruck.*

Noch Anfang des 20. Jahrhunderts flohen viele Menschen aus Europa. Heute ist der Kontinent eines der wichtigsten Ziele von Migrant*innen. Doch global gesehen trifft das Gerüde von der rekordhohen Migration

nicht zu. Zwar ist die Zahl der internationalen Migrant*innen gestiegen, von 93 Millionen im Jahr 1960 auf 247 Millionen in 2017.

Doch die Weltbevölkerung nahm prozentual in dieser Zeit in gleichem Maße zu. Der Anteil der Migrant*innen liegt stabil bei rund drei Prozent der Weltbevölkerung. Der Anteil der Flüchtlinge an der Weltbevölkerung bleibt seit den 1950er-Jahren nahezu konstant. Je nachdem, wo und in welcher Schwere ein Konflikt ausbricht, eine fundamentale Krise folgt, kann er regional ansteigen. Woher kommt also die Vorstel-

lung, dass es immer mehr Migranten werden? Dass es immer mehr Flüchtlingswellen gibt? Aussagen und Kampagnen rechter Politiker*innen sind da zuerst als Gründe zu nennen, denn mit Angstmacherei wollen sie Wahlen gewinnen – und manchmal gewinnen sie sie auch.

Entwicklungshilfe dämmt die Migration ein

Um die Migration zu bremsen, muss man die Fluchtursachen bekämpfen, allen voran die Armut. Mehr Entwicklungshilfe führt dazu, dass weniger Migranten ihre Heimat verlassen.

Der Zusammenhang klingt erst einmal plausibel: Wenn Menschen in armen Ländern vor Ort genügend Lebenschancen besitzen, nimmt auch der Wunsch ab, sich im Ausland ein neues Leben aufzubauen.

Nur, ist das richtig? Führt mehr Entwicklungshilfe tatsächlich dazu, dass sich weniger Menschen auf den Weg nach Europa oder in die USA machen? Eher das Gegenteil ist richtig. Die Migration nimmt zu, wenn arme Länder reicher werden! Mit steigendem Vermögen und zunehmender Bildung erhalten die Menschen in armen Ländern mehr Möglichkeiten zum Verlassen des Landes. Zumal Entwicklung auch die

Zahl der Bedürfnisse steigen lässt. Wenn Menschen die Schule besuchen, Medien konsumieren, Handys besitzen und selbst reisen können, weitet sich ihr geistiger Horizont, ihre Erwartung auf ein besseres Leben.

Dann kann Entwicklungshilfe die Auswanderung aus sehr armen Ländern sogar befördern, indem sie ihren Menschen Mittel und Wege dazu ermöglicht. Alles vergebens also? Nein, es gibt nämlich auch indirekte Effekte der Entwicklungszusammenarbeit. Wenn man es schafft, die Staatlichkeit zu stärken, die Korruption zu bekämpfen und Konfliktprevention zu betreiben, gibt es weniger gewaltsame Auseinandersetzungen, die die Menschen in die Flucht treiben.

Oft steckt die Vorstellung dahinter, dass es sich bei der Migration – auch der illegalen – um eine irrationale Verzweiflungstat handelt. So dominieren in der öffentlichen Debatte Geschichten über Armut und Gewalt, die Menschen zur Ausreise zwingen. Das entspricht den westlichen Vorurteilen über die Entwicklungsländer, über Elend und Tyrannei, denen alle entkommen wollen. Die Wirklichkeit ist aber eine andere. In der Regel ist Migration keine verzweifelte Flucht, sondern ein kalkulierter Aufwand für eine bessere Zukunft.

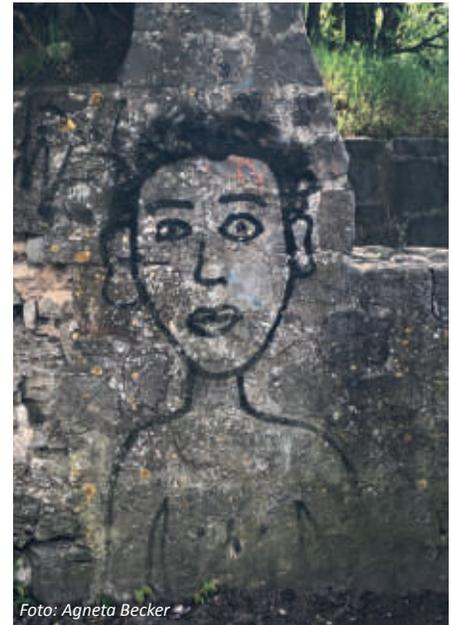


Foto: Agneta Becker

Der Klimawandel löst Fluchtbewegungen ganzer Völker aus

Die steigenden Temperaturen werden die Lebensgrundlage für die Menschen im globalen Süden vernichten. Der Klimawandel wird zum Auslöser einer neuen Massenmigration.

Klimawandel und Massenflucht: In den Köpfen vieler Menschen ist beides untrennbar miteinander verbunden. Die Folgen der Erderwärmung – steigende Meeresspiegel, Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürren – lösen in der Vorstellung vieler eine Völkerwanderung vom Süden in den Norden aus.

**Toleranz!
Offenheit!
Vielfalt!**

Der Paritätische in Münster.



Ihr Kontakt für Soziale Arbeit

Der Paritätische
Kreisgruppe Münster
Dahlweg 112 | 48153 Münster

Tel.: 0251 61 85 0
muenster@paritaet-nrw.org
www.muenster.paritaet-nrw.org

Partner für soziale Arbeit.

Ihr Kontakt für Selbsthilfe-Themen

Der Paritätische
Selbsthilfe-Kontaktstelle Münster
Dahlweg 112 | 48153 Münster

Tel.: 0251 60 93 32 30
selbsthilfe-muenster@paritaet-nrw.org
www.selbsthilfe-muenster.de

Selbsthilfe macht stark.

So schätzt zum Beispiel die Weltbank, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 216 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden könnten. Der Klimawandel ist real, die Massenflucht ist es aber bisher nicht. Die entsprechenden Prognosen sind unzutreffend nach allem, was man aus der Forschung über das Wechselspiel zwischen Umweltveränderungen und Migration weiß. Die Umweltbedingungen bilden einige der vielen Faktoren, die Menschen zur Auswanderung bewegen, aber nie die einzigen; der Klimawandel ist nicht die Hauptursache.

Die apokalyptischen Berichte über Gegenden, die im Meer versinken, übersehen nämlich: In vielen Küstengebieten und Inselstaaten wird der Anstieg des Meeresspiegels durch die vermehrte Ablagerung von Sedimenten und die Entstehung von neuem Land kompensiert. Selbstverständlich, zerstörte Natur und Überflutungen können Menschen zur Flucht zwingen. Doch zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass die Menschen es nach einer Umweltkatastrophe vorzie-

hen, ihre Heimat nicht zu verlassen, und überwiegend alles tun, um dort bleiben zu können. Die meisten Menschen fliehen nur vorübergehend und über kurze Distanzen ins Umland oder in eine nahe gelegene Stadt.

Rigoreuse Abschottung verringert die Zuwanderung

Um die Migration zu bremsen, muss man sie möglichst erschweren. Nur mit restriktiven Einwanderungsgesetzen und einem rigorosen Grenzschutz hält man Einwanderung auf.

Es klingt einleuchtend: Je schärfer die Bedingungen, die eine Regierung für das Erteilen von Aufenthaltserlaubnissen erlässt, und je höher die Mauern, die sie an den Grenzen hochzieht, desto weniger Einwander*innen kommen ins Land. Das Problem dabei: Es gibt mindestens vier unbeabsichtigte Effekte, die erklären, warum sich harte Beschränkungen der Migration oft anders auswirken als geplant.

Da ist erstens: Zuwanderungsbeschränkungen in einem Land lenken die Migration einfach zu anderen Zielorten um.

Da ist zweitens die Tatsache, dass die Beschränkungen Zuwander*innen in den Untergrund zwingen. Man sieht das gut an den USA, wo bisher alle Bundesregierungen die legale Einwanderung erschwerten, aber nicht verhindern konnten, dass immer mehr Migrant*innen ins Land drängten.

Ein dritter Effekt: Abschottungspolitik führt dazu, dass sie eigentlich befristet anwesende Zuwander*innen zum dauerhaften Aufenthalt zwingt, weil diese im Fall einer Ausreise befürchten müssen, nicht wieder zurückkehren zu können. Solange die Grenzen offen sind, verläuft Migration oft zirkulär und folgt der Wirtschaftslage. Das heißt: Bei einer wirtschaftlichen Flaute kehren viele Migranten für einige Jahre auch in ihre Heimat zurück.

Schließlich die Tatsache, dass harte Zuwanderungsstopps oft mit einem rasanten Anstieg von Migrant*innen verbunden sind, die den Beschränkungen zuvorkommen möchten.

Die Einwanderung schafft Parallelgesellschaften

Die starke Zuwanderung der vergangenen Jahre ist in Europa unweigerlich mit der Entstehung von Migranten-Ghettos verbunden.

Sie machen die Integration ganzer Gruppen unmöglich. Wird in Europa über Zuwanderung gestritten, fällt oft der Verweis auf Gegenden, die stark von ausländischen Gemeinschaften geprägt sind: Berlin-Neukölln, die Pariser Banlieues, der Stadtteil Molenbeek in Brüssel. Von sozialen Brennpunkten ist dann die Rede, in die sich nicht einmal mehr die Polizei wage. Nicht selten fällt der Vergleich mit US-amerikanischen Innenstädten, die noch immer durch Rassentrennung gekennzeichnet sind.

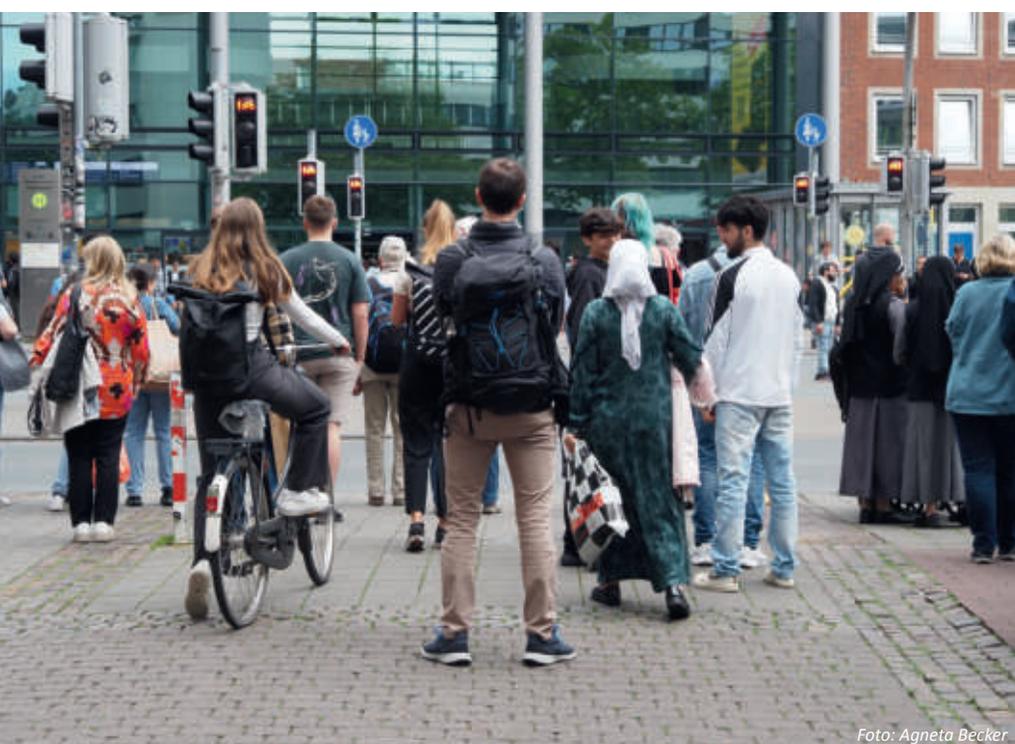


Foto: Agneta Becker



Foto: Agneta Becker

Die Angst vor Gegenden, in denen Migrant*innen abgeschlossen von der Außenwelt leben, ist verbreitet. Aber ist sie auch begründet? Es ist nicht zu leugnen, dass einige Migrantenviertel in Europa zu diesen sozialen Brennpunkten geworden sind. Doch das sind Ausnahmen. Insgesamt hat die starke Zuwanderung in Europa nicht zur Isolation ganzer Gruppen geführt.

Es gibt eine unter Geographen verbreitete Kennzahl, die die Entmischung von Wohnvierteln misst: den „Dissimilaritäts-Index“. Ein Wert von 0 bedeutet, dass alle Viertel einer Stadt exakt dieselbe ethnische Mischung aufweisen. Ein Wert von 100 steht für eine vollkommene Entmischung: Alle ethnischen Gruppen leben voneinander isoliert. Werte über 60 gelten unter Wissenschaftlern als hoch, Werte unter 30 als niedrig.

Die meisten europäischen Städte haben tatsächlich ein moderates Niveau. In deutschen Städten wie Düsseldorf etwa steht der Index von Türken bei 30, in Paris für Algerier bei 23. Das heißt nicht, dass die Probleme in einigen Stadtteilen nicht real sind. Sie sind jedoch nicht repräsentativ für die Erfahrung der gesamten Zuwanderungsgeschichten. Dort, wo sich eine Ghattobildung zeigt, ist das meist ein Resultat einer verfehlten Wohnungsbaupolitik.

Fazit

Verbreitete Mythen, falsche Annahmen, Missverständnisse: Wenn es um Migration geht, stecken alle Demokratien im gleichen Dilemma, ja sogar in einem Trilemma: Da ist erstens der Wunsch, die Zuwanderung zu kontrollieren. Da ist zweitens die Nachfrage der Wirtschaft nach mehr Arbeitskräften. Und da ist drittens der Schutz der Menschenrechte der Migrant*innen.

Eine Gesellschaft kann nur versuchen, diese widersprüchlichen Ziele immer wieder neu auszuhandeln. Sie alle gleichzeitig zu erfüllen, das ist und bleibt anstrengend. ■

Sobi
Sozialpädagogisches
Bildungswerk
Münster

**DAS NEUE
KURS-
PROGRAMM
'24/'25**

Jetzt vorbestellen!

Mehr Informationen und alle aktuellen
Termine unter www.sobi-muenster.de

Foto: c/filadendron/istockphoto.com



Foto: Agneta Becker

Die Bezahlkarte zeigt beispielhaft, wie es gelingen kann, eine rechtspopulistische Idee zum politischen Mainstream zu machen. In einer ganz großen Koalition beteiligen sich mittlerweile fast alle daran, wenn es darum geht, soziale Rechte für Nicht-Deutsche – nicht nur im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – einzuschränken und Diskriminierungen auszuweiten. Eine zentrale Rolle in diesem Prozess spielt ein Gutachten des Konstanzer Juristen Daniel Thym.

Die **Bezahlkarte** dient als Versuchslabor

Wie rechtspopulistische Politik praktisch wird, zeigt das Beispiel des Asylbewerberleistungsgesetzes

Ein Gastbeitrag von Claudius Voigt¹ (in Auszügen)

Das Asylbewerberleistungsgesetz und die Bezahlkarte dienen in erster Linie als symbolisch aufgeladenes Versuchslabor, in dem die genannten Instrumente getestet werden können. Dies betrifft alle möglichen Bereiche: vom AsylbLG über das Bürger*innengeld bis zur (noch nicht mal verabschiedeten) Kindergrundsicherung – bei allem schwingt mehr oder minder offen ein rassistisches Narrativ mit. Die Rechtsextremist*innen sind schon in der Opposition überaus erfolgreich. Um es anders zu sagen: „AfD“ wirkt, die rohe Bürgerlichkeit feiert fröhliche Urständ’.

Ein aktueller Antrag der Unionsfraktion im Bundestag für eine Verfassungsänderung macht deutlich, worum es im Kern geht: Das Gleichheitsversprechen des Grundgesetzes soll geschleift, das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum entlang rassistischer und klassistischer Trennlinien relativiert, die soziale Exklusion für bestimmte Bevölkerungsgruppen zur Normalität werden. Dabei setzt man offen darauf, dass das Bundesverfassungsgericht seine bisher recht progressive Rechtsprechung über den Haufen werfen und der Ungleichheitspolitik nicht mehr im Wege stehen werde.

**Die Bezahlkarte:
Wie eine rechtspopulistische Idee zur politischen Mehrheitsmeinung wird – und fast alle das ganz toll finden**

Während wir noch über die Frage diskutieren, ob mit der Bezahlkarte 50 oder 70 Euro Bargeld abgehoben werden können und ob dies zwei Euro Gebühr kostet oder nicht, haben andere längst ihre Arbeit aufgenommen: Sie haben mit dem national-autoritären Umbau des Sozialstaats begonnen. Neben der militärischen Aufrüstung der Grenzen und der körperlichen Deportation aus dem Bundesgebiet soll

die national-autoritäre Sozialpolitik zur dritten tragenden Säule der Migrationsverhinderung werden.

Die Bezahlkarte ist ein Beispiel dafür, wie eine rechtspopulistische Idee in den politischen Mainstream überführt werden kann – und fast alle das ganz toll finden.

Das Rezept:

- Als Erstes stellt man Behauptungen in den Raum, die aus der Luft gegriffen oder erwiesen falsch sind („Überweisungen an Schlepper im Ausland“ (als würden diese auf Kredit arbeiten!) / „Sozialstaatsmagnet“ / „Pull-Faktoren“ / „Die lassen sich die Zähne machen und wir bekommen keinen Termin“ usw.). Damit lässt sich schon mal ordentlich Stimmung machen, die sich im besten Fall verselbstständigt.
- Man streut mehr oder weniger subtil die Parole „Jetzt kürzen wir aber endlich den Ausländern das Geld“.
- Man fügt noch einige ebenso wohlklingende wie nichtssagende Worthülsen hinzu („Verwaltungsvereinfachung“, „Digitalisierung“, „diskriminierungsfreies Design“). Damit kann man auch die differenzierter denkenden Bevölkerungsgruppen jenseits der Stammtische und rechtsradikalen Denkblasen abholen.

Und schon hat man als Ergebnis: Fast alle wollen, dass eine Bezahlkarte eingeführt wird, die als einziges Ziel hat, eine bestimmte (nicht-deutsche!) Bevölkerungsgruppe zu diskriminieren, zu kontrollieren und zu gängeln. Die viel Geld kostet und die für die Behörden ganz viel zusätzlichen Aufwand bedeutet. Die also objektiv Unfug ist.

„Unsere Bezahlkarte kommt schneller und ist härter.“

Markus Söder

Die Bezahlkarte soll sogar für Personen eingeführt werden, die Analoleistungen nach § 2 AsylbLG entsprechend dem SGB XII erhalten – die also schon viele Jahre verfestigt in Deutschland leben.

Die Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums wird in den politischen Wettbewerb gestellt. „Wir machen’s für die Ausländer noch schlimmer als die anderen!“, wird in Zukunft ein erfolgversprechender Wahlkampfslogan lauten. Die CSU in Bayern macht es schon vor, Ministerpräsident Markus Söder poltert: „Unsere Bezahlkarte kommt schneller und ist härter“.

Für die Betroffenen wird das dann wohl heißen: Sie können kein Deutschlandticket erwerben, keine Mietüberweisungen tätigen, keine Handyverträge abschließen, keine Raten an Rechtsanwält*innen zahlen, nicht auf dem Flohmarkt oder im Internet einkaufen, keine Haftpflichtversicherung bekommen. In Hamburg und Bayern etwa, die bereits vorgeprescht sind, können nur 50 Euro monatlich für Erwachsene und 10 Euro für Kinder abgehoben werden. Zugleich kann keineswegs in allen Geschäften mit Karte gezahlt werden – zumal Buchungen mit Bezahlkarte wie bei einer Kreditkarte viel höhere Gebühren haben als mit Girokarte.

Eine freie Wahl, wie und wo die geringen Sozialleistungen eingesetzt werden, ist somit nicht mehr möglich. Der Regelsatz wäre nicht mehr in nachvollziehbarer Höhe berechnet, da er auf Statistiken von Leistungsberechtigten beruht, die ihr Geld in freier Entscheidung einsetzen können. Aus diesem Grund ist die Bezahlkarte nicht nur politisch falsch, sondern auch verfassungsrechtlich hoch bedenklich. Der Deutsche Anwaltverein hat eine hervorragende Stellungnahme veröffentlicht, in der auf diese rechtlichen Fragen im Detail eingegangen wird.

„Ein Lehrstück, wie man finanzielle Inklusion verhindert und rechtspopulistische Narrative bedient.“

Das Institut für Finanzdienstleistung über die Bezahlkarte

Der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass die Sozialbehörde zusätzliche Geldleistungen auszahlen muss, wenn nicht alle Bedarfe mit der Bezahlkarte gedeckt werden können – übrigens eine sozialrechtliche Selbstverständlichkeit. Jede Entscheidung darüber ist dann ein Verwaltungsakt, gegen den jeweils mit Widerspruch, Klage und eventuell Eilantrag beim Sozialgericht vorgegangen werden kann. Auch dies führt zu mehr Verwaltungsaufwand statt zu weniger, wie immer versprochen wurde.

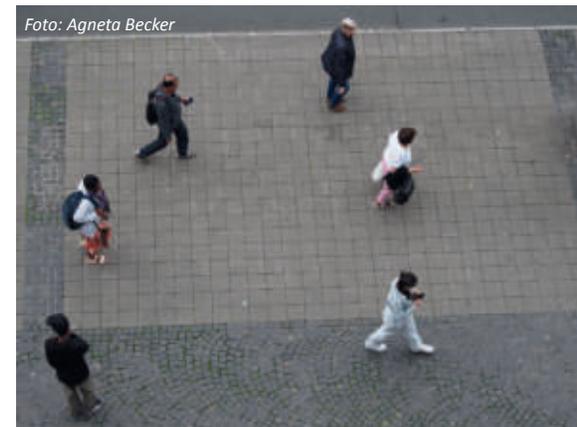


Foto: Agneta Becker

Aber darum geht es in Wahrheit auch gar nicht. Denn fast alle Betroffenen in den Kommunen verfügen über ein Konto. Dennoch sollen die Sozialleistungen nicht mehr aufs Konto überwiesen werden, sondern auf das Parallelsystem der Bezahlkarte. Ein immenser zusätzlicher Aufwand für die Sozialbehörden. Erhebliche zusätzliche Kosten werden gern in Kauf genommen, um Diskriminierung und Kontrolle umsetzen zu können. Das Institut für Finanzdienstleistungen e.V. bezeichnet die Bezahlkarte daher völlig zu Recht als „ein Lehrstück, wie man finanzielle Inklusion verhindert und rechtspopulistische Narrative bedient“.

Zu den Erfinder*innen der Bezahlkarte gehört die AfD als „die Expertin“ für Faktenfreiheit schlechthin

Das falsche Versprechen der „Verwaltungsvereinfachung“ diente nur als der Köder, mit dem Unterstützer*innen für die Bezahlkarte geangelt werden sollten. Ebenso wie die haltlosen Behauptungen à la „Überweisungen ins Ausland / an Schlepper“ oder „Pull-Faktoren“. „Gerade bei sensiblen Eingriffen in die Existenzsicherung sollten sich Bund und Länder in ihren Entscheidungen auf fachliche Evidenz statt auf Anekdoten und Annahmen stützen, die nicht plausibel sind“, urteilt denn auch der Chef des Forschungsinstituts der Bundesagentur für Arbeit, Herbert Brücker, in einem Gutachten für das DeZIM.

Apropos Anekdoten: Zu den Erfinder*innen der Bezahlkarte gehört die sogenannte Alternative für Deutschland (AfD) als „die Expertin“ für Faktenfreiheit schlechthin. In einem baden-württembergischen Gesetzentwurf aus Juli 2022 forderten die Rechtsradikalen schon lange vor Beginn der Diskussion um eine bundesweite Bezahlkarte: „Der notwendige Bedarf an Ernährung, Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird regelhaft als Geldleistung in Form von Beträgen auf einer Chipkarte ausschließlich mit Bezahlfunktion erbracht (...).“ Und auf Bundesebene haben die Rechtsradikalen im Oktober 2022 in einem Antrag gefordert, es solle auch im SGB II „eine ‚Sachleistungs-Debitkarte‘ für volljährige erwerbsfähige Grundsicherungsempfänger eingeführt werden...“

Auch die vulgär-neoliberale „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ positioniert sich entsprechend: „Außerdem sollten arbeitsfähige Empfänger dieser Sozialleistung (gemeint ist das Bürger*innengeld) diese nur



*Bargeld kann mit der Bezahlkarte nur in begrenzter Höhe abgehoben werden (in Hamburg und Bayern sind es 50 EUR monatlich für Erwachsene)
Foto: Agneta Becker*

über Prepaid-Guthabekarten ausbezahlt bekommen.“

Interessierte Kreise von halb rechts bis ganz rechts werden dafür sorgen, dass die Bezahlkarte ihre Grenzen nicht im AsylbLG finden wird

Man muss also keine Prophetin sein, um vorherzusagen: Interessierte Kreise von halb rechts bis ganz rechts werden dafür sorgen, dass die Bezahlkarte ihre Grenzen nicht im AsylbLG finden wird. Sie wird früher oder später als autoritäres Projekt auch auf das SGB II und möglicherweise auf die Kindergrundsicherung übertragen werden, um dem Arbeitszwang Nachdruck zu verleihen, Sozialleistungsbeziehende zu gängeln, zu kontrollieren und zu sanktionieren – und die weitgehend frei erfundenen „Pull-Faktoren“ in Form von Sozialleistungen zu minimieren.

Das Thym-Gutachten bleibt nicht innerhalb der Grenzen des AsylbLG: Das Bürger*innengeld und die Kindergrundsicherung könnten zwar nicht pauschal für nicht-deutsche Staatsangehörige gekürzt werden. Aber: „Freilich könnten indirekt erweiterte Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden, indem man die Ausgestaltung des Bürgergeldes umstellt... Eine Reform könnte die Berechnungsmethode, nicht nur

hinsichtlich der Inflation, weniger großzügig ausgestalten.“ Im Klartext: Niedrigere Regelbedarfe, höherer Erwerbszwang, schärfere Mitwirkungspflichten, „in spezifischen Sektoren“ Umstellung auf Sachleistungen.

Thym zeigt sich zuversichtlich: „Gesellschaft, Politik und Wissenschaft nehmen keinen Anstoß, wenn Nichtregierungsorganisationen und andere Akteure eine dynamische Rechtsprechung einfordern, gerade auch im Migrationsrecht. Ebenso legitim muss es sein, judikativen Überdehnungen entgegenzutreten. Hierbei ist freilich darauf zu achten, dass, anders als im aktuellen US-Diskurs, die Institution des Verfassungsgerichts nicht generell beschädigt wird. Hierzu muss auch das Gericht durch seine Urteilspraxis beitragen.“

Er setzt also darauf, dass das Bundesverfassungsgericht aufgrund der rechten Hegemonie im gesellschaftlichen Diskurs seine eher progressive schon von selbst über Bord werfen werde.

Die Gewährleistung des Existenzminimums soll für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nur noch eingeschränkt gelten

Sicherheitshalber will das Gutachten das autoritäre Projekt jedoch par-

allel mit einer Verfassungsänderung flankieren. Dadurch könnten nicht nur im SGB II, sondern auch in der Kindergrundsicherung effektivere Ungleichbehandlungen verwirklicht werden. Thym schlägt vor, den Artikel 20 GG (das Sozialstaatsgebot, das eine der Grundlagen für die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum menschenwürdigen Existenzminimum darstellt) zu ergänzen:

„Für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind bei der Bestimmung des Existenzminimums und der Anwendung des Gleichheitssatzes die Dauer des bisherigen Aufenthalts, dessen Rechtmäßigkeit und das Leistungsniveau in anderen EU-Mitgliedstaaten zu berücksichtigen (...). Soweit ein anderer EU-Mitgliedstaat für die Existenzsicherung zuständig ist, können Leistungen nicht zusätzlich im Bundesgebiet beansprucht werden.“

Die Gewährleistung des Existenzminimums (und in diesem Zusammenhang auch der Gleichheitsgrundsatz) soll für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit also nur noch eingeschränkt gelten. Die Menschenwürde in ihrer praktischen Ausformung wäre dann auch verfassungsrechtlich nicht mehr unantastbar; für Nicht-Deutsche gälte sozialrechtlich

eine Art „Menschenwürde light“. Wie explosiv das Fass ist, das da geöffnet werden soll, mag man sich kaum ausmalen. In dem Fall würde tatsächlich die Axt an den Kern des Grundgesetzes gelegt.

Die CDU/CSU hindert das indes nicht, den Vorschlag für diese Verfassungsänderung wörtlich zu übernehmen und in einem Bundestagsantrag „Leistungen für Asylbewerber senken – Rechtliche Spielräume nutzen“ einzubringen. Hier wird es zentrale Aufgabe der Progressiven sein, die Verfassung, im besten Sinne konservativ, gegen die Konservativen zu verteidigen!

Wir müssen den national-autoritären Angriff auf den Sozialstaat politisch beantworten und dürfen uns nicht darauf verlassen, dass die Gerichte das Schlimmste schon verhindern werden. Denn es geht um die zutiefst politische Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

In einer Gesellschaft, in der die Sicherung der sozialen Teilhabe oder gar des physischen Überlebens vom richtigen Aufenthaltsstatus und der richtigen Staatsangehörigkeit abhängig gemacht werden? In der sich der Sozialstaat seiner Verantwortung für einige vollständig entzieht und sie auf Suppenküchen, Almo-

sen, Pfandflaschen, Mülltonnen, ehrenamtliche Unterstützer*innen, solidarische Hilfsstrukturen verweist? In der „informelle Camps und Zeltstädte von Geflüchteten wie etwa in Calais, Rom, Paris, Athen und entlang der Balkan-Route“ zum Ziel des politischen Handelns zu werden drohen (wie es die Diakonie Deutschland in einer lesenswerten Stellungnahme befürchtet)? In der Menschen aus Angst vor einer Denunziation an die Ausländerbehörde nicht zu Ärzt*innen gehen und sich nicht trauen, einen Sozialhilfeantrag zu stellen? In der manche nicht wissen, wovon sie morgen das Essen für sich und ihre Kinder bezahlen sollen? In der die Beschneidung sozialer Rechte für nicht-deutsche Staatsangehörige nur das Versuchslabor ist, um diese später umso wirkungsvoller bei anderen einsetzen zu können? In der ein Teil der Bevölkerung langfristig in Lagern leben muss, die keine Orte zum Leben sind? In der Sozialstaat, Flucht und Migration systematisch gegeneinander ausgespielt sowie Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden?

Eben! ■

¹Claudius Voigt arbeitet bei dem Verein Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) und gehört dort zum Team des Projekt Q – Büro zur Qualifizierung der Flüchtlings- und Migrationsbewegung.

DEMOKRATIE SCHÜTZEN!

Zusammen gegen Extremismus mit dem **Demokratiefördergesetz**

Für politische Bildung, für Freiheit, für Vielfalt.
Weil Demokratie nur gemeinsam geht.

gruene-muenster.de

FDP fordert „Lust auf Überstunden“

Die Fakten sprechen gegen noch mehr Mehrarbeit

Ein Gastbeitrag von Carsten Peters

„Lust auf Überstunden machen“ – das will FDP-Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner. Er und seine Partei fordern deshalb steuerliche Anreize für Mehrarbeit.

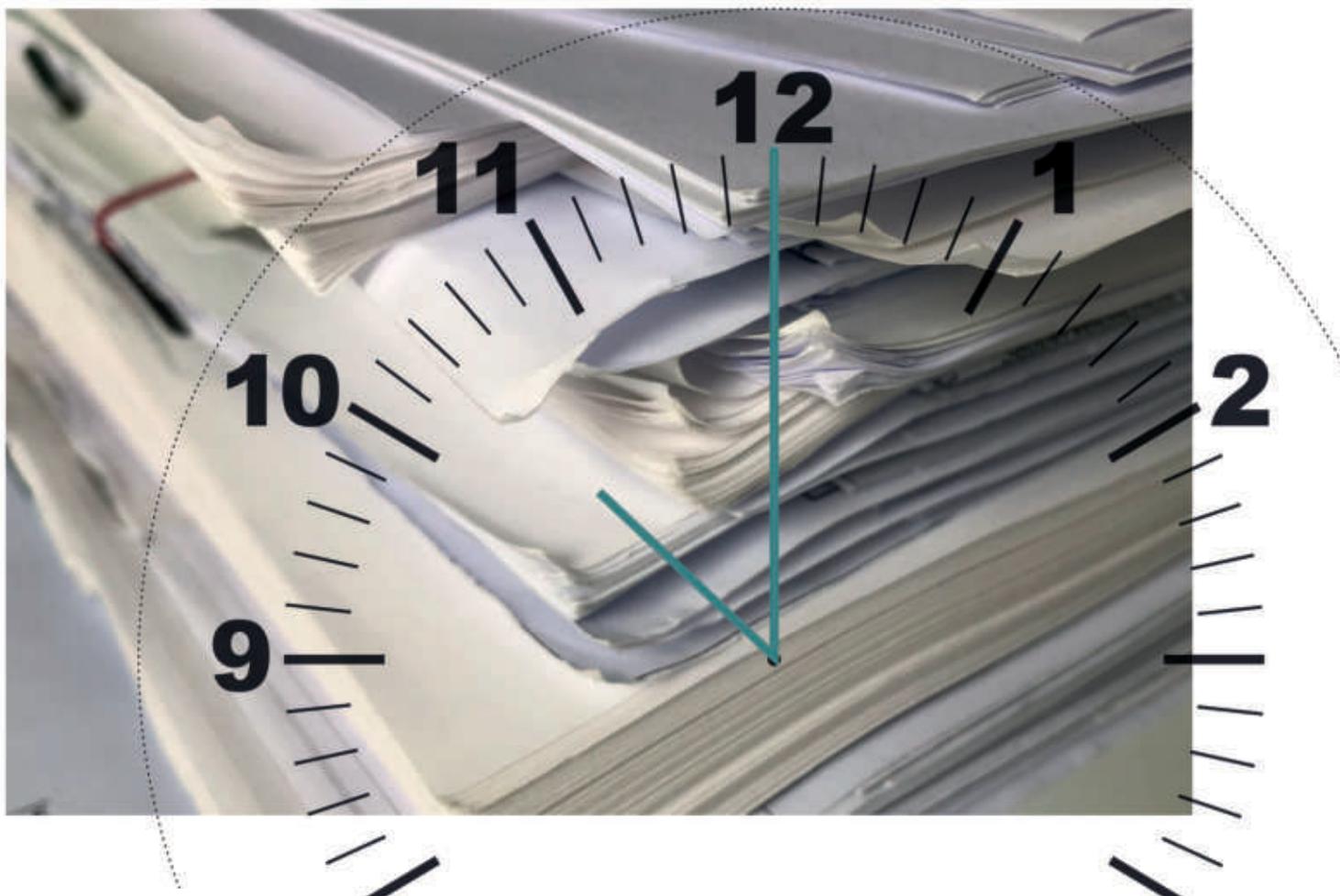
Damit sich individuelle Leistung mehr lohne, so heißt es bei den Liberalen, sollte eine begrenzte Zahl von Überstunden und ausbezahlte Überstundenzuschläge steuerfrei gestellt werden.

Denn durch die Progression der Lohn- und Einkommensteuer verringere sich das Gehaltsplus für Überstunden derzeit oft, heißt es in einem Fünf-Punkte-Papier der FDP: „Um das zu verhindern, könnten sowohl eine begrenzte Zahl von Überstunden wie auch ausbezahlte Überstundenzuschläge steuerfrei gestellt werden.“

Wie sieht die Realität in der Arbeitswelt aus?

In einem Tarifvertrag oder individuellen Arbeitsvertrag, ist stets eine maximale Wochenarbeitszeit festgehalten. Diese darf nicht gegen die Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes verstoßen und ist für Arbeitgeber und Beschäftigte bindend.

Fast die Hälfte der Beschäftigten leistet Überstunden, dies zeigt der DGB-Index Gute Arbeit. Und das, obwohl bei langen Arbeitszeiten die körperliche und geistige Leistung sinkt und damit das Risiko für Fehler und Unfälle steigt. Aber was viele nicht wissen: Ohne eine arbeitsvertragliche, tarifliche oder betriebliche Regelung zu Überstun-



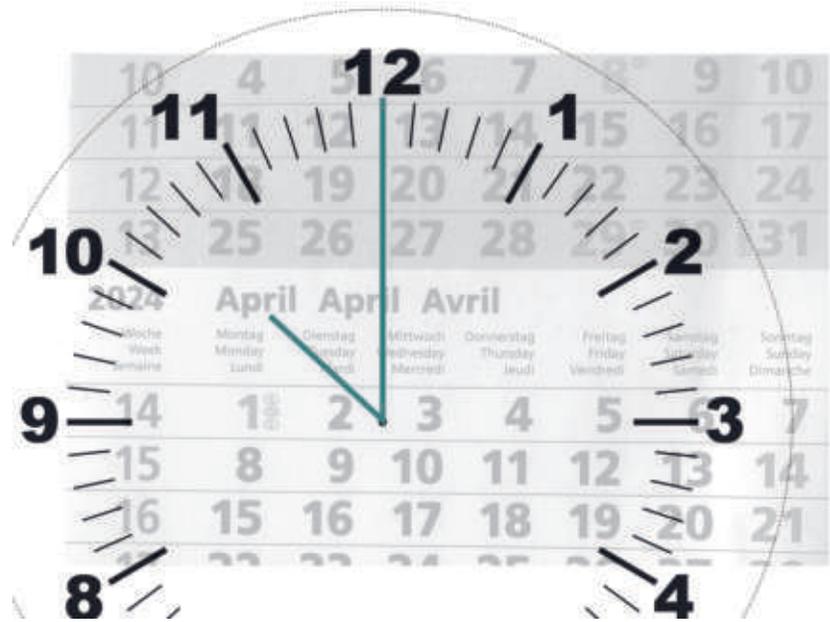
den besteht grundsätzlich keine Verpflichtung dazu.

Die jährliche Mehrarbeit in Deutschland summiert sich zu gigantischen Zahlen auf: Insgesamt wurden 1,3 Milliarden Überstunden im Jahr 2023 geleistet. Das entspricht einem Arbeitsvolumen von rund 148.400 Jahren. Diese Zahlen hat der DGB erfasst. Der Skandal dabei: Mehr als die Hälfte der geleisteten Mehrarbeit wurde nicht bezahlt. Oft liegt das daran, dass Arbeitszeiten gar nicht erfasst werden, sondern einfach weitergearbeitet wird.

Daher kritisiert die DGB-Bundevorsitzende den FDP-Vorstoß deutlich: „Verrückte Ideen wie steuerfreie Überstunden laden gerade dazu ein, entweder Vollzeitarbeit zu verdrängen oder die geschlechterungleiche Verteilung von Arbeit noch weiter anzukurbeln“, so die Gewerkschaftschefin Yasmin Fahimi. Und weiter: „Es ist vollkommen wirklichkeitsfremd, die Arbeitsmoral der Beschäftigten infrage zu stellen: Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland mehr als 1,3 Milliarden Überstunden geleistet, weit mehr als die Hälfte davon war unbezahlt.“

Hier hat sich in den letzten Jahren ein riesiger Haufen Geld angehäuft, den sich die Arbeitgeber in ihre eigene Tasche stecken.“

Die Debatte um Überstunden ist nicht neu. Schon in den 1920er-Jahren forderte der Landesausschuss der Erwerbslosen von Schleswig-Holstein die Vermeidung von Überstunden und den Acht-Stunden-Tag, um mehr Menschen in Lohn und Brot zu bringen (<https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/vermeidet-ueberstunden-1925.html>). Und auch im Bundestagswahlkampf 1998 forderte der DGB den Abbau von Überstunden und die Neueinstellung von Arbeitskräften.



Die Überstunden-Debatte der FDP erscheint vor dem Hintergrund der tatsächlich geleisteten Überstunden, der Vielzahl an unbesetzten Stellen in Wirtschaft und Verwaltungen und einer Erwerbslosenzahl von mehr als 2,7 Millionen Menschen geradezu anachronistisch.

Während die Gewerkschaften an Arbeitszeitverkürzungen arbeiten und in zahlreichen Arbeitskämpfen der vergangenen Jahre auch Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz in der Auseinandersetzung standen und viele Beschäftigte bei einer Wahl zwischen mehr Gehalt und mehr Freizeit sich für mehr Freizeit entscheiden, steuern FDP und Wirtschaftsverbände in die andere Richtung: „Arbeiten bis 70“ oder „Stopp der Rente mit 63“. Die FDP spielt in ihrem Fünf-Punkte-Papier gleich mehrere Generationen gegeneinander aus. Zitat: „Wir können den Staatshaushalt nicht mit immer mehr Sozialausgaben überlasten und Handlungsspielräume weiter einschränken. Das wäre ein Strohfeder zulasten kommender Generationen“ ... und würde ... „das Vertrauen in den Standort Deutschland weiter erschüttern“.

Kein Wort zu der abnehmenden Tarifbindung in den Betrieben, die geringere Löhne für die Beschäftigten

„Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland mehr als 1,3 Milliarden Überstunden geleistet, weit mehr als die Hälfte davon war unbezahlt. Hier hat sich in den letzten Jahren ein riesiger Haufen Geld angehäuft, den sich die Arbeitgeber in ihre eigene Tasche stecken.“

zur Folge hat – anders als in Betrieben, die tarifgebunden sind. Keine Rede von Lohnerhöhungen und einer Erhöhung des Mindestlohns, die dringend geboten ist. Keine Rede davon, dass viele Menschen auch nach ihrem Renteneintritt weiter – geringfügig beschäftigt – arbeiten, weil die Rente nicht reicht. Auch künftig sind viele Menschen, insbesondere in prekären Beschäftigungsverhältnissen, von Altersarmut bedroht.

An diesen Stellen ist anzusetzen, um mehr Menschen in gute und sichere Beschäftigung zu bringen. Die Forderung nach mehr und steuerlicher Besserstellung von Überstunden geht an der gesellschaftlichen Wirklichkeit weit vorbei. ■

¹ Gastautor Carsten Peters ist stellvertretender Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes Münster



Ortstermin
auf dem Spargelfeld:
Mitarbeiter*innen
regionaler Beratungs-
stellen für prekäre
Beschäftigungen ver-
teilen Infomaterial



Spätestens seit der Covid-19-Pandemie ist die Situation der Saisonarbeitskräfte aus Südosteuropa weiter in den öffentlichen Fokus gerückt. Reisebeschränkungen und Quarantänemaßnahmen haben ihre Arbeitsbedingungen zusätzlich verschlechtert und die systemische Bedeutung dieser Arbeitskräfte für die Landwirtschaft deutlich gemacht. Trotz gesetzlicher Regelungen gibt es immer wieder Berichte über Ausbeutung und unzureichende Löhne.

Prekäre Ernten

Arbeitsbedingungen und Lebensumstände von Saisonarbeiter*innen bei der Spargelernte in Münster und Umgebung

Von Judith Appel

Viele Arbeiter*innen wissen nicht genau, wie sie bezahlt werden und welche Rechte ihnen zustehen, was ihre Situation oft noch prekärer macht. Beratungsstellen und Gewerkschaften versuchen kontinuierlich, auf die Probleme hinzuweisen, und die Arbeitskräfte bei der Durchsetzung fairer Arbeits- und Unterbringungsbedingungen zu unterstützen. Da die meisten von ihnen dezentral in Container-Anlagen untergebracht sind,

finden sie nur selten den Weg in die vor Ort ansässigen Beratungsstellen.

Erfahrungs- und Informationsfahrt auf Felder und Baustellen im Münsterland

In Münster und Umgebung sind besonders viele Erntebetriebe zu finden, so dass sich die **cuba-Beratungsstelle Arbeit Münster**, die **jfd-Beratungsstelle Arbeit Rheine**, **Faire Mobilität**, **Arbeit und Leben NRW** sowie Ver-

treter der **IG Bau** am 7. Mai 2024 auf den Weg durchs Münsterland gemacht haben. Dank der umfangreichen Vorbereitung in den vorherigen Wochen verlief die Aktion erfolgreich. In der Region Münster konnten insgesamt 72 Saisonarbeitskräfte aus Rumänien und Polen auf den entsprechenden Spargelfeldern angetroffen werden. Interessanterweise sprachen viele der rumänischen Arbeiter*innen Ungarisch.

Nachdem es bei ähnlichen Aktionen in den vorigen zwei Jahren zu Auseinandersetzungen mit den Landwirten gekommen war, verlief die Besichtigung dieses Jahr verhältnismäßig ruhig. Die angetroffenen Landwirte tolerierten die Aktion weitestgehend, wodurch ein Austausch mit den Arbeiter*innen möglich war.

In einem Betrieb wurde berichtet, dass die Arbeitskräfte dort im Akkordlohn beschäftigt sind und neun Euro für die Unterkunft zahlen müssen. Christoph Cramers Kommentar von der cuba-Beratungsstelle Arbeit Münster: „Die Unterkünfte für Saisonarbeiter*innen sind oft beengt und teuer im Verhältnis zu den Löhnen, die sie verdienen. Die Kosten für die Unterkunft werden häufig direkt vom Lohn abgezogen, was das verfügbare Einkommen weiter reduziert. In vielen Fällen teilen sich mehrere Personen ein Zimmer, was zu beengten und teilweise unhygienischen Lebensbedingungen führt.“

In Neunkirchen/Wettringen im Kreis Steinfurt berichtete ein Arbeiter, der seit fünf Jahren regelmäßig zum selben Landwirt kommt und aktuell mit seinem Sohn dort arbeitet, dass sie bei wenig Spargel den Mindestlohn erhalten und bei viel Spargel 13 bis 16 Euro pro Stunde verdienen. Der Lohn ist abhängig von der Akkordmenge, die erreicht wird – dies ist der Fall, wenn jeder Arbeiter sieben Reihen Spargel gestochen hat. Der Betrieb beschäftigt

etwa 80 Arbeitskräfte aus Rumänien. Der Arbeiter berichtete zudem, dass er drei Euro pro Tag für die Unterkunft zahlt und in einem Zimmer mit zwei bis drei Personen wohnt. Er erhielt viele Informations-Flyer, die er an seine Kolleg*innen weitergab. Auf anderen Feldern wurden Flyer in Transportern, Transportanhängern, Dixi-Klos und Kisten hinterlassen, da die Arbeiter*innen sich oft weit entfernt voneinander aufhielten.

Arbeit-und-Leben- Mitarbeiterin

Elena Strato sieht die allgemeine Situation von Erntehelfer*innen aus Südosteuropa als eine Herausforderung: „Die zum Teil prekären Arbeits- und Unterbringungsbedingungen erfordern sowohl Aufmerksamkeit als auch strukturelle Verbesserungen. Während einige Arbeitskräfte über ihre langjährige Beschäftigung und relativ stabile Bedingungen berichten, gibt es auch neue und unerfahrene, die mit Unsicherheiten bezüglich ihrer Entlohnung und Unterkunft konfrontiert sind.“ Ein Mann, der seit sechs Jahren regelmäßig zum Spargelstechen kommt, berichtete, dass manche Arbeiter*innen zum ersten Mal dort waren und nicht genau wussten, wie sie am Ende bezahlt werden.

Bei einer kleinen Glasfaserbaustelle wurden vier Bauarbeiter angetroffen, die Albanisch, Rumänisch und Serbisch sprachen. Sie waren direkt bei einem Generalunternehmen angestellt. Ein rumänischer

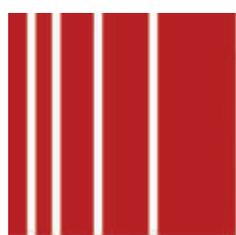
Arbeiter berichtete, dass etwa 30 seiner Landsleute dort arbeiten. Er erhält 14 Euro Arbeitslohn pro Stunde und arbeitet seit fünf Jahren bei der Firma. Seine Familie hat er mitgebracht und wohnt in einer vom Arbeitgeber in Hörstel gestellten Wohnung.

Im Zusammenhang mit einer Glasfaserbaustelle in Telgte wurden zwei rumänische Bauarbeiter angetroffen, die berichteten, dass sie nicht länger beschäftigt sind und demzufolge aus der Montageunterkunft verwiesen wurden. Attila Szász von Faire Mobilität kommentierte das so: „Ohne ihre Arbeit verlieren die Arbeiter*innen oft auch ihre Unterkunft und stehen plötzlich ohne Dach über dem

„Es braucht strengere und klarere Gesetze zum Schutz von Wanderarbeitern“

Kopf da. Es braucht strengere und klarere Gesetze zum Schutz von Wanderarbeiter*innen, insbesondere was Kündigungsfristen und die Bereitstellung von Ersatzunterkünften betrifft.“

Szász konnte den zwei obdachlosen Arbeitskräften schließlich bei der Beschaffung einer anderen Unterkunft, der Auszahlung des Lohns sowie einer Heimfahrgeldpauschale nach Rumänien helfen. Sie befürchteten, ihren Lohn nicht zu bekommen, sollten sie diesen nicht vor ihrer Abreise erhalten. Erst durch die Unterstützung von Attila Szász wurde eine unbürokratische Lösung mit dem Arbeitgeber gefunden. ■



NachDenkSeiten
Die kritische Website

www.nachdenkseiten.de



Eine gute Bildung und eine sinnvolle Freizeitgestaltung sollen in Zukunft in Coerde eine entscheidende Rolle spielen, um der Armut entgegenzuwirken.



Fotos: Agneta Becker

Coerde wächst

Wie ein ehemaliger Brennpunktstadtteil seine Vergangenheit überwindet

Von Regina Ioffe

Am 19. April dieses Jahres traf sich Oberbürgermeister (OB) Markus Lewe mit einer großen Anzahl von Teilnehmenden und wichtigen Akteuren im Haus der Offenen Tür in Münsters Stadtteil Coerde. Zuvor waren Visiten an vielen Orten in Coerde anberaumt gewesen. Markus Lewe wuchs selbst in Coerde auf. Sein Ziel sei es, dass Coerde sich positiv entwickle, an seinen „Baustellen“ arbeite und seinen Ruf als Brennpunkt widerlege beziehungsweise überwinde.

Münster und alle seine Stadtteile sollen nachhaltig werden, es wird im Rathaus über eine Stadt der kurzen Wege nachgedacht. Um unnötiges Pendeln ins Stadtzentrum oder in andere Stadtteile zu vermeiden, fassen Handelsunternehmen in Coerde Fuß: Rossmann eröffnete eine Filiale, Edeka und Aldi bauten ihre Filialen in Coerde neu, vergrößerten ihre Fläche. Geplant ist eine Neueröffnung von Lidl.

Es gibt Überlegungen, die Busverbindung von Coerde nach Kinderhaus zu verbessern und die Buslinie 19 nicht ein-, sondern zweimal pro Stunde zu bedienen, so, weil viele Kinder aus Coerde weiterführende Schulen in Kinderhaus besuchen. Sportliche Freizeitaktivitäten, ein Hallenschwimmbad und viele preiswerte Einkaufsmöglichkeiten gibt es in Kinderhaus, was

Einwohner*innen aus Coerde nach Kinderhaus lockt.

In Coerde wohnen aktuell ca. 11.000 Menschen¹, davon 29 Prozent ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung befindet sich in Coerde in stetigem Wachstum, von 17 Prozent im Jahr 2013 auf 29 Prozent im Jahr 2022. Wer denkt, dass Coerde weiterhin „asozial“ und total „arbeitslos“ sei, irrt sich. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten² an Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren liegt in Coerde mit 54 Prozent knapp unter dem Durchschnitt Münsters. Der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren ist mit 9,7 Prozent fast genauso groß wie im Münsteraner Gesamtdurchschnitt. Der Anteil der

Arbeitslosen an den Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren beträgt 8,5 Prozent und ist an sich auch keine dramatisch hohe Zahl.

Coerde ist ein sehr kinderreicher Stadtteil. Der Jugendquotient in Coerde (Anzahl der wohnberechtigten Bevölkerung im Alter von 0 bis 19 Jahren dividiert durch die Anzahl der wohnberechtigten Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren multipliziert mit 100) ist fast doppelt so hoch wie im städtischen Durchschnitt. Gerade Kinder und Jugendliche sind eine Stärke und die treibende Kraft für Coerde und Münster.

Die Kinder und Jugendlichen in Coerde leben jedoch in Armut. Trotz einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung liegt der Anteil der SGB-II-Empfänger an der Gesamteinwohnerzahl in Coerde im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) mit 18,7 Prozent sowie der Anteil jugendlicher SGB-II-Empfänger (0-14 Jahren) mit 36 Prozent fast dreimal höher als im Durchschnitt von Münster. Eine gute Bildung und eine sinnvolle Freizeitgestaltung sollen in Zukunft in Coerde eine entscheidende Rolle spielen, um der Armut entgegenzuwirken.

Vom Problem- zum Vorzeigestadtviertel

Beim Treffen mit dem Oberbürgermeister wurde ein großes Bauvorhaben für Coerde vorgestellt: das Stadtteilhaus – ein Bildungs- und Begegnungszentrum am Hamannplatz.

Dieses wird nachhaltig und flexibel gebaut, um die Umwelt zu schützen und dem Gedanken der Stadt der kurzen Wege treu zu bleiben. Im geplanten Stadtteilhaus Coerde sind eine Migrationsberatungsstelle und ein Jobcenter geplant, damit neu Zugewanderte vor Ort besser betreut werden können. Die Stadtteilbücherei Coerde, das Begegnungszentrum „Coerde Mittendrin“, das AWO-Stadtteilbüro Coerde, der DRK-Jugendtreff Coerde und die Musikschule Münster bieten ihre Angebote für Kinder, Jugendliche und alle anderen Altersgruppen im zukünftigen Stadtteilhaus an. Es sind Multifunktionsräume geplant, die sowohl für Bewegungsan-

gebote, Psychomotorik, als auch für Theater-Proben oder andere Veranstaltungen genutzt werden können.

Wichtig ist auch eine Durchmischung der Teilnehmenden aus verschiedenen Kulturen und sozialen Schichten. Die im Jahr 2018 gegründete Initiative Chack (Chancen für alle Coerder Kinder) bietet Kindern aus Coerde unabhängig vom Einkommen der Familie kostenlose Sommerferienangebote. Dadurch entstehen gemeinsame Aktivitäten (Kunst, Theater, Biologie, Bewegung) für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund. Bei einer feierlichen Abschlussveranstaltung trafen sich Eltern aus verschiedenen Einkommenschichten.

Die 2017 gegründete Kulturinitiative Coerde bietet regelmäßig durch ihr Vorlese-Café Einblicke in literarische und poetische Werke in verschiedenen Sprachen (Arabisch, Portugiesisch, Serbisch, Türkisch usw.), die zunächst von Muttersprachler*innen

in der jeweiligen Sprache vorgelesen werden, mit der folgenden Übersetzung in Deutsch. Damit ist in Coerde ein hochkarätiges kulturelles Angebot entstanden, das Frieden und Verständnis fördert.

Alle Akteure betonten beim Treffen mit dem OB die Wichtigkeit informeller Arbeit, um soziale Kontakte zwischen Menschen in Coerde aus verschiedenen Herkunftsländern und Kulturen zu fördern, Kindern Freizeitangebote zu unterbreiten und damit die Identifikation der Einwohner mit Coerde zu stärken. Coerde bekommt so hoffentlich ein neues positives Image. ■

¹ Quelle: https://www.stadt-muenster.de/fileadmin/user_upload/stadt-muenster/61_stadtentwicklung/pdf/steckbriefe/Stadtteilsteckbrief_61_Coerde.pdf

² Stadtteilsteckbrief 2022 - 61 Coerde. Diagramm: Bevölkerungsindikatoren 2022 für Münster und für den Stadtteil -Erwerbstätigkeit-

kostenlos • vertraulich • unabhängig
Beratung in Münster

International

Wir beraten und unterstützen auch in anderen Sprachen!

0251 – 511929

Achtermannstr. 10-12 in 48143 Münster
www.cuba-arbeitslosenberatung.de
info@cuba-arbeitslosenberatung.de

kostenlos • vertraulich • unabhängig

Wir bieten Unterstützung ...

für

- arbeitslose Menschen
- von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen
- Menschen in schwierigen Arbeitsverhältnissen

bei

- Fragen rund um Arbeitslosigkeit und unsicheren Arbeitsverhältnissen
- beruflicher (Neu-)Orientierung
- amtlichen Schreiben und Kontakt mit den Ämtern
- Fragen zu Arbeitslosengeld (SGB III)
- Anträgen und im Widerspruchsverfahren
- Wirtschaftlichen, psychosozialen und arbeitsrechtlichen Fragen

Außerdem beraten wir zu ...

- Umgang mit Nebentätigkeiten, Minijobs, unsicheren Selbständigkeiten, Leiharbeit und anderen prekären Jobs.
- Erwerbsminderungsrente und Grundrente
- Arbeitsausbeutung (z.B. bei fehlender Lohnzahlung)

0251 – 511929

Beratungsstelle Arbeit • Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • info@cuba-arbeitslosenberatung.de

Blick in die kommunalistische Zukunft

Die sozialistische Utopie des Jakob Schäfer

Eine Buchbesprechung von Werner Szybalski

Der Kapitalismus ist überwunden. „Die Ereignisse, die zu den großen Veränderungen geführt haben, deren Ergebnisse wir heute in Mellopolis beobachten können, setzen wir als bekannt voraus“, schreibt der Österreicher Jakob Schäfer, der seinen Reporter Daniel Weber für eine fiktive Reportage nach Mellopolis, in die „sozialistische Stadt der Zukunft“, schickt.

In der kommunalistisch organisierten Gesellschaft von Mellopolis, in der die Kriege, der Kapitalismus und die Autogesellschaft der Vergangenheit angehören, steht weiterhin die Arbeit im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Es gibt aber keine Geldwirtschaft mehr, vielmehr erhalten die werktätigen Menschen für die grundsätzlich 20 Wochenstunden betragende Erwerbstätigkeit nicht übertragbare, gegen Fremdleistungen eintauschbare „Arbeitszeitscheine“

Die Diskussionen der Menschen in Mellopolis, so berichten die Reportagen des Besuchers namens Weber, drehen sich deshalb viel um Ausbildung, Arbeitsplatzrotation und Spezialistentum – zum Beispiel in der Gesundheitspolitik. Auch die Ziele und Aufgaben des Sports (Ist Gewinnen ein lohnendes Ziel?) in

der zukünftigen – und damit natürlich auch der heutigen – Gesellschaft werden durchleuchtet.

Aktuelle Themen in die Zukunft übertragen

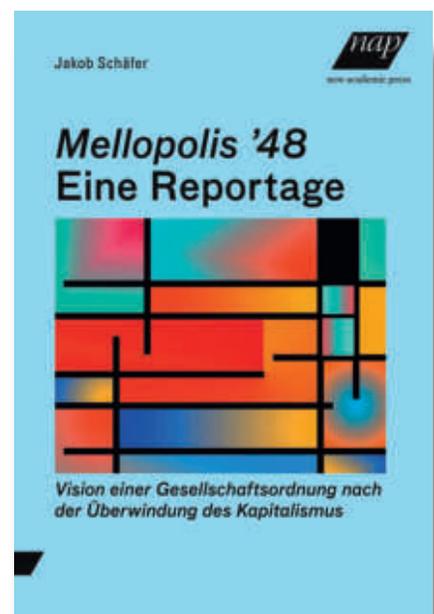
Das lesenswerte Buch lebt nicht von der Spannung, sondern vom Vergleich des Geschriebenen mit den eigenen Zukunftserwartungen oder auch -hoffnungen der Leser*innen. In der geschilderten egalitären Gesellschaft der Zukunft werden zahlreiche (für uns aktuelle) Debatten geführt, und das sowohl in den Mehrgenerationenhäusern als auch auf den verkehrsberuhigten Plätzen im Stadtteil. Oder aber in den Räten von Mellopolis beziehungsweise den überörtlichen regionalen und nationalen Kongressen und gegebenenfalls vor Volksabstimmungen. Die dazu Delegierten dürfen übrigens von ihrer Basis jederzeit abberufen werden.

Das Buch „Mellopolis '48 – eine Reportage“ betrachtet allerdings nur einen Ausschnitt der möglichen zukünftigen Gesellschaft, regt aber durchaus an, sich mit den heutigen Gestaltungsmöglichkeiten zu beschäftigen und Prioritäten in Politik und Gesellschaft zu setzen.

Im Anhang zur Reportage verdeutlicht Autor Jakob Schäfer im theoretischen Teil, wie wichtig ihm eine sozialistische Utopie für die heutige Zeit ist. Er erklärt zudem das poli-

tisch-philosophische Fundament seines Gesellschaftsentwurfs und verweist auf die von ihm für sein Buch verwendeten Theorien. Dabei stützt Schäfer sich auch auf Karl Marx, obwohl diesem immer wieder unterstellt wird, dass er keine zukünftige Gesellschaft in seinen Schriften skizziert habe.

Mit der Darstellung aktueller Erkenntnisse aus Archäologie, Anthropologie und Ethnologie untermauert Schäfer sein Werk. Dabei verweist er unter anderen auf Rutger Bregmans, David Graeber und David Wengrow und stellt gesellschaftliche Lösungsvorschläge der Bestseller-Autoren Yuval Noah Hariri, Harald Welzer und Richard David Precht vor. ■



Jakob Schäfer: *Mellopolis '48 – eine Reportage. Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus.* Wien; new academic press; 2023; 128 Seiten; 12,90 Euro; ISBN 978-3-7003-2312-9

Kurzmeldungen & Tipps



Foto: Agneta Becker

Die Überlastung von Jugendämtern gefährdet das Kinderwohl

Viele Jugendämter in Deutschland arbeiten laut Umfragen an der Belastungsgrenze. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD) ist in den rund 560 Jugendämtern bundesweit unter anderem für den Kinderschutz und die Betreuung von belasteten Familien zuständig.

80 Prozent der kommunalen Einrichtungen vermelden den Angaben zufolge viele Krankheitsfälle in der Belegschaft. Außerdem gäbe es eine hohe Zahl an unerledigten Fällen. Dies wirke sich laut dem Bericht insbesondere auch auf die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen aus.

Es soll sogar vorgekommen sein, dass Kinder auf Grund mangelnder Plätze in geeigneten Einrichtungen in Räumen des Jugendamtes übernachten und Mitarbeiter des Amtes die Kinder mit zu sich nach Hause nehmen mussten.

Aufgrund des Personalmangels müssen viele Berufseinsteiger in den Ämtern gleich 70 bis 80 Familien betreuen. So wird die Vorsitzende der ASD Kerstin Kubisch-Piesk zitiert. Im vergangenen Frühjahr habe man in einem Brief Bundes-

kanzler Scholz und Familienministerin Paus über den dramatischen Fachkräftemangel informiert. Das Problem müsse jetzt „Chefsache“ werden.

Bündnis fordert sofortiges Klimageld

Ein Bündnis sozialer Organisationen fordert, dass die Bundesregierung sofort Klimageld an die Bürger und Bürgerinnen zahlt. Und setzt das jetzt vorbild- und beispielhaft um: 1000 ausgeloste Menschen, die Bürgergeld, Grundsicherung oder Wohngeld beziehen, erhalten von dem Bündnis einmalig je 139 Euro.

Zum Bündnis zählen unter anderen der Paritätische Gesamtverband, die Initiative „Mein Grundeinkommen“ und Fridays for Future. Die Auszahlung eines Klimageldes hatte die Ampelregierung im Koalitionsvertrag vereinbart.

Zum Verständnis: In den vergangenen Jahren erfolgte auf fossile Energie jeglicher Art eine höhere CO₂-Bepreisung, der Preis für CO₂ wird in den kommenden Jahren stufenweise weiter angehoben. Das vor über zwei Jahren zwischen den Koalitionären vereinbarte Klimageld soll individuell für jede*n Einzelne*n aufgrund der Verteuerung einen sozialen Ausgleich schaffen. Die Umsetzung lässt jedoch auf sich warten.

Die Mobilitätspolitik muss sozial gerecht sein

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften und Sozialverbänden hat diese Forderung an die Politik gestellt. Anlass des Appells war die gemeinsame Verkehrsministerkonferenz von Bund und Ländern, die Mitte April in Münster stattgefunden hatte.

Die Klimaschutzziele der Bundesregierung können nur mit einer Verkehrswende erreicht werden, die den öffentlichen Verkehr bevorzugt. Es müsse eine sozial gerechte Verkehrswende werden, die nur durch eine langfristige Finanzierung von Personal, Angebot und Infrastruktur erfolgen könne, so das Bündnis. Es hatte daher die Verkehrsminister von Bund



Foto: Agneta Becker

und Ländern konkret aufgefordert, mit zusätzlichen Geldern den öffentlichen Verkehr auszubauen, das Deutschlandticket finanziell langfristig zu sichern sowie im Gegenzug die Dienstwagenbesteuerung konsequent zu reformieren. Die aktuelle Besteuerung der Mobilitätsausrichtung sei in Deutschland sozial ungerecht.

Stichwort Dienstwagenbesteuerung: Besonders Spitzenverdiener mit über 80.000 Euro Bruttoverdienst jährlich würden von der vergünstigten Dienstwagenbesteuerung profitieren, die als fossile Subvention jährlich mehr Steuermittel binde als das Deutschlandticket Bund und Länder koste. Dessen ausreichende Finanzierung und eine sozial gerechtere Ausgestaltung könne mit einer konsequenten Reform der Dienstwagenbesteuerung langfristig realisiert werden.



Haus der Nachhaltigkeit

Beratung und Veranstaltungen zu Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit

Städtische Nachhaltigkeitsberatung
 Di, Mi, Do 10 – 12 Uhr & 14 – 16 Uhr
 Fr 10 – 14 Uhr
 3. Sa/Monat 10 – 14 Uhr

Energieberatung der Verbraucherzentrale
 Di nach Vereinbarung (QR Code)
 Mi 14 - 17 Uhr (ohne Voranmeldung)
energieberatung@stadt-muenster.de



verbraucherzentrale
 Nordrhein-Westfalen



Veranstaltungen & Termine



28. Juni bis 30. August
 Gebäudebrüter-Ausstellung
 „Mehr Platz für Spatz & Co.“

Kontakt: Hammer Straße 1, 48153 Münster,
 0251 / 4 92 67 67, nachhaltig@stadt-muenster.de,
www.stadt-muenster.de/nachhaltig

Weiterbildung statt Jobverlust

Seit 1. April 2024 können Unternehmen das Qualifizierungsgeld für Arbeitnehmer*innen beantragen, deren Job durch den Strukturwandel bedroht ist. Ein Strukturwandel hat häufig den Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge.

Das Qualifizierungsgeld soll als Gegenmaßnahme dienen und eine Weiterbildung ermöglichen. Damit stehen den betroffenen Arbeitnehmer*innen neue Aufgabenbereiche offen, sie können weiter im Unternehmen beschäftigt bleiben. Wie beim Kurzarbeitergeld werden dann 60 Prozent des Nettolohns gezahlt.

Für eine Zahlung gelten allerdings bestimmte Voraussetzungen, etwa dass die berufliche Weiterbildung mehr als 120 Stunden umfasst. Damit soll die Qualität der Weiterbildung gewährleistet werden; die Stunden müssen nicht an einem Stück absolviert werden.



2024 wird ein Jahr mit vielen Streiks bleiben

Der Streik der Lokführer ist noch in Erinnerung, dann folgten weitere Arbeitskämpfe. Es streikten die Ärzte an den Unikliniken in Nordrhein-Westfalen, das Flughafenpersonal legte die Arbeit nieder, Einzelhandel und der Öffentliche Nahverkehr ebenfalls.

Ein Rückblick: Im Jahr 2022 gab es 246 Streiks. Das zeigt ein Blick in den Streikmonitor.

Die Uni Erfurt sammelt seit 2016 Daten zu Arbeitskämpfen in Deutschland. Das Ergebnis für das Jahr 2023: Allein in den ersten sechs Monaten 2023 gab es so viele Streiks wie noch nie in einem Halbjahr, zumindest seit Beginn des Forschungsprojekts.

Hauptsächlich die hohe Inflation setzte die Gewerkschaften unter Druck. Die Arbeitnehmer*innen mussten in den vergangenen zwei Jahren hohe Reallohnverluste hinnehmen. 2022 lag das Minus bei vier Prozent. Aktuellere Zahlen hat das Statistische Bundesamt noch nicht veröffentlicht.

Weil Waren und Dienstleistungen so viel teurer geworden sind, treten die Gewerkschaften besonders hart in den Tarifverhandlungen auf. Und deshalb finden auch so viele Streiks statt. Schließlich wollen die Gewerkschaften für ihre Mitglieder das Beste herausholen, um die Verluste der vergangenen Jahre auszugleichen. Auch das Jahr 2024 wird ein Jahr mit vielen Streiks bleiben.

Kurzmeldungen & Tipps



Foto: Agneta Becker

Mogelpackungen erkennbar machen

In Zeiten der Inflation wird man besonders erfinderisch. Das nutzen auch viele Lebensmittelproduzenten zu ihrem Vorteil. Einerseits kann ein Produkt über den Preis verteuert werden. Andererseits gibt es die Möglichkeit, die Menge des Inhalts bei gleicher Packungsgröße zu reduzieren. Während die gut sicht-

bare Preiserhöhung gang und gäbe ist, bleibt eine erfolgte Mengenreduzierung ohne „genauere Untersuchung“ der kaum veränderten und vor allem wegen der schon immer sehgewohnten Verpackung unentdeckt.

Man spricht dann auch von sogenannten Mogelpackungen.

Zum Schutz vor diesen Mogelpackungen hat der Bundesverband der Verbraucherzentralen nun klare Hinweise zu Änderungen nicht nur von Preisen, sondern eben auch von den Füllmengen gefordert. So könne ein Hinweis Pflicht werden, dass die Packungsgröße in jüngster Zeit geändert wurde – in Nachbarländern wie etwa Frankreich ist das der Fall.

Vereinfachte Zuzahlungen von Medikamenten

Im ersten Jahresquartal von 2024 trat eine neue Regelung für Medikamente in Apotheken in Kraft. Dabei geht es um die Zuzahlungen.

Bisher sah die Regelung vor, dass diese pro Packung zu zahlen sei, unabhängig von der Packungsgröße. So konnte es passieren, dass eine Großpackung nicht, jedoch mehrere Kleinpackungen desselben Medikaments vorrätig waren und beispielsweise Tabletten in zwei statt einer Schachtel überreicht wurden.

Auf diese Art verdoppelte sich sogleich die Höhe der Zuzahlung. Die neue Regelung richtet sich nun nach der Medikamentenmenge und nicht mehr nach der Anzahl der Packungen. Steht also, zum Beispiel, „20 Stück“ auf dem Rezept, ist es jetzt egal, ob man/frau eine oder bis 20 zu Packungen bekommt, der Zuzahlungspreis bleibt in jedem der theoretisch 20 Fälle gleich derselbe.



Foto: Agneta Becker

Mieterhöhung? Wohnungsmängel?
Kündigung? Hohe Nebenkosten?

Mieter/innen-Schutzverein
Münster und Umgebung e.V.

Achtermannstr. 10
48143 Münster (Nähe HBF)
mo - do: 9 - 13 und 14 - 18 Uhr
fr: 9 - 12 Uhr
✉ msv@muenster.de
www.mieterschutzverein-muenster.de

(0251) 51 17 59
**Kompetent.
Schnell.
Preiswert.**

HFR! Rümpelfix

Second Hand
Möbel, Antiquitäten,
Bücher, Haushaltswaren,
Rares und Skuriles

Bei uns
ist immer
Flohmarkt!

Bremer Str. 42 · Münster · Tel 609460
info@ruempelfix.de · Mo-Fr 10-18 · Sa 10-16

Angst vor'm Amt?

Nicht mit uns!
Ämterbegleitung im Malta
Tel. 0251/4140553

Kurzmeldungen & Tipps



Foto: Agneta Becker

Weltweite Verschwendung von Lebensmitteln

Weltweit wird rund ein Fünftel der produzierten Lebensmittel verschwendet. Das gab das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) bekannt. Es bezieht sich in seinem Bericht auf das Jahr 2022.

Danach wurden 19 Prozent der produzierten Lebensmittel 2022 verschwendet, was in absoluten Zahlen einer Menge von über einer Milliarde Tonnen entspricht. Den größten Anteil daran haben private Haushalte, gefolgt von Essensdienstleistern (zum Beispiel Restaurants, Hotels, Eventveranstalter mit Catering) und schließlich der Einzelhandel.

Die Pressemitteilung des UNEP verwies bei der Vorstellung des Berichts auch darauf, dass über 780 Millionen Menschen weltweit chronisch unter Hunger leiden. Die Verschwendung von Nahrungsmitteln hat auch gravierende Umweltfolgen, diese entstünden bereits bei ihrer Erzeugung. Die Verschwendung von Lebensmitteln und deren Abfälle verursachen weltweit bis zu zehn Prozent aller Treibhausgasemissionen.

Weniger als 14 Euro Lohn

Mehr als acht Millionen Arbeitnehmende in Deutschland gingen zuletzt einer Be-

schäftigung nach, bei der sie weniger als 14 Euro pro Stunde Lohn erhielten. Das ging aus einer Antwort des Arbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Gruppe im Deutschen Bundestag hervor.

Davon waren mit 1,6 Millionen die meisten Menschen im Handel beschäftigt. So verdienten zum Beispiel im Gastgewerbe mit 1,1 Millionen Menschen fast zwei Drittel der Beschäftigten der Branche (65,8 Prozent)

weniger als 14 Euro.

Der gesetzliche Mindestlohn wurde in den vergangenen Jahren erhöht. Von 9,82 Euro im April 2022 auf 12 Euro pro Stunde im vergangenen Jahr 2023. Zu Jahresbeginn 2024 wurde er dann um 41 Cent auf 12,41 Euro erhöht. Im kommenden Jahr 2025 soll er auf 12,82 Euro steigen.

Freiwillige Einzahlungen in die Rentenversicherung auf Rekordhoch

Immer mehr Rentenversicherte zahlen freiwillig Beiträge in die Rentenversiche-

rung ein. 2022 lag die Summe bei über eine Milliarde Euro, fünf Jahre zuvor waren es lediglich 207 Millionen Euro.

Das sei ein Beleg für hohes Vertrauen in die gesetzliche Rente, so der Sozialverband VdK. Zudem fordert der Verband ein höheres Rentenniveau und den Verzicht auf ein späteres Renteneintrittsalter.

Das 2017 eingeführte Modell ist dafür gedacht, Abschläge bei einem vorgezogenen Renteneintritt auszugleichen. Wer bis zur Regelaltersgrenze arbeitet, kann auf diesem Weg die spätere Rentenzahlung erhöhen. Diese Zusatzbeiträge können derzeit ab dem 50. Lebensjahr eingezahlt werden.

Dieses bisher nur wenig bekannte Modell erfährt gerade starken Zulauf, die Zahlen für eine private Altersvorsorge – etwa durch Riester-Verträge – sind dagegen seit Jahren rückläufig.

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) sieht in diesem Trend eine Bestätigung dafür, dass die Menschen der gesetzlichen Rente vertrauen. Zugleich verdeutlichen diese Zahlen, dass der Wunsch nach einem vorzeitigen Renteneintritt zunehme, sagte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier.

Doch längst nicht alle haben die finanziellen Möglichkeiten, um privat oder durch freiwillige Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung ihre Versorgung im Ruhestand aufzubessern. Michaela Engelmeier mahnt, auch jene im Blick zu haben, die freiwillige Einzahlungen nicht leisten können und plädiert für ein generell höheres Rentenniveau, auch als Maßnahme gegen Altersarmut.



Bild: Agneta Becker

Arbeit mit und ohne Tarifbindung

Der Einfluss der Tarifbindung auf den Verdienst von Beschäftigten ist hoch. Das zeigt eine letzte Woche veröffentlichte Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Vollzeitbeschäftigte in tariflosen Unternehmen arbeiten demnach im Schnitt jede Woche 53 Minuten länger und verdienen trotzdem gut zehn Prozent weniger als Beschäftigte in Betrieben mit Tarifbindung.

Das entspreche über das Jahr gesehen für Beschäftigte ohne Tarifvertrag einer guten zusätzlichen Arbeitswoche, wobei gleichzeitig auf dem Konto mehr als ein volles Monatsgehalt fehle, so das WSI weiter. Zudem weist das Institut darauf hin, dass 2023 nur noch 49 Prozent der Arbeitnehmenden in tarifgebundenen Firmen beschäftigt waren. Im Jahr 2000 waren es noch mehr als zwei Drittel der Beschäftigten (68 Prozent) gewesen.

Für Verteidigung an den Sozialausgaben sparen – Nein!

Der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, widersprach dem Finanzminister. Dieser hatte ein mehrjähriges Moratorium für Sozialausgaben und Subventionen gefordert, um mehr Geld in Verteidigung investieren zu können.

Wichtig sei, so der Finanzminister, dass nicht immer neue Subventionen, Sozialausgaben und Standards zum Bestehenden hinzukämen – denn

davon gebe es genug. Er sagte, wenn es gelänge, mal drei Jahre mit dem auszukommen, was man habe, dann wäre dies schon ein großer Schritt zur Konsolidierung. Geld würde frei für die Landesverteidigung.

Ulrich Schneider widersprach dem energisch. Er nannte es „gesellschaftspolitisch zerstörerisch, den Verteidigungsetat ausgerechnet gegen Sozialausgaben ausspielen zu wollen“. Es gebe mehr als 14 Millionen

einkommensarme Menschen in Deutschland, zudem lebe mittlerweile mehr als jedes fünfte Kind in einer armen Familie, so Schneider. Man dürfe die Sicherheit nach außen nicht gegen die soziale Sicherheit im Land ausspielen. ■



Bild: Agneta Becker



Sie haben Fragen rund um den Garten, Tiere, Natur- und Umweltschutz?

Das NABU-Naturtelefon
ist für Sie da!

030.28 49 84-60 00
Montag-Freitag, 9 bis 16 Uhr




STADT MÜNSTER

SOMMER
in der vhs
Münster



Angebote rund um die Themen:
Sprachen, Social-Media, Design & Layout, MS-Office, Programmierung, Moderation, Netzwerken, Kreativität, Zeichnen und mehr.
Jetzt anmelden.



vhs Volkshochschule
Münster

IMPRESSUM

SOMMER 2024

Herausgeber

AbM e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
 Berliner Platz 8 - 48143 Münster
 Telefon: 0251 - 511 121
 Internet: www.sperre-online.de
 E-Mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres (pan),
 Norbert Attermeyer (noa),
 Regina Ioffe, Jan Rinke,
 Hans Römer Santaella, Dirk Schwittkowski,
 Thomas Krämer (tk, V.i.S.d.P.),
 Werner Szybalski (ws),
 Christoph Theligmann (ct),
 Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeiter

Heinz Annas, Robert Martschinke (rma)

Gestaltung / Layout

Ulrike Goj

Fotos / Illustrationen

Agneta Becker

Online

www.sperre-online.de

Anzeigen / Spenden

Peter Andres

Bankverbindung:

Sparkasse Münsterland Ost
 IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /
 als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters

Namentlich gezeichnete Artikel geben
 nicht unbedingt die Meinung der Redak-
 tion wieder. Das Urheberrecht für Text-
 und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen
 und Autoren.

Jedwede Nutzung, auch der auszugswei-
 se Nachdruck, bedarf der Genehmigung.
 Leserbriefe bitte an den Herausgeber.
 Wir freuen uns über jede Zuschrift. Das
 Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe

15.09.2024

Redaktionsschluss

15.08.2024

Anzeigenschluss

01.09.2024

(Termine unter Vorbehalt)

Mit finanzieller Unterstützung von:



Urteile



Foto: Agneta Becker

Bürgergeld: Einstellung der Leistungen aufgrund von Spekulation

Die bloße Spekulation des Bürgergeldamtes über die Hilfebedürftigkeit eines Mittellosen führte dazu, dass der Hilfesuchende in einer Hütte im Wald leben musste und sein Alg II gänzlich aufgehoben wurde. Dies sei klar rechtswidrig, hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen festgestellt. Leistungsträger dürften existenzsichernde Leistungen nicht aufgrund von bloßen Mutmaßungen verweigern.

*Landessozialgericht NRW vom
 04.07.2023 – L 7 AS 532/22 B
 (Quelle: Tacheles e. V.)*

Forderung nach Wohnungswechsel bei Krankheit nicht zulässig

Bei einer unangemessen hohen Miete, kann von einem Leistungsempfänger kein Wohnungswechsel gefordert werden, solange er aufgrund seiner Krankheit nicht in der Lage ist, eine Wohnungsbesichtigung durchzuführen. Das hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen so entschieden.

Landessozialgericht NRW – L9SO 281/21

Bundessozialgericht: Kein Bürger-Hartz bei dualem Studium

Die rund 100.000 Auszubildenden eines dualen Studiums in Deutschland haben kei-

nen Anspruch auf aufstockende Hartz-IV- oder Bürgergeld-Leistungen. Denn das duale Studium könne mit Bafög-Mitteln gefördert werden, entschied das Bundessozialgericht (BSG), so dass nach dem Willen des Gesetzgebers Arbeitslosengeld II oder das heutige Bürgergeld nicht verlangt werden könne.

*Bundessozialgericht (BSG)
 vom 21.06.2023 –
 B 7 AS 11/22 R*

Sterbegeldversiche- rung nach SGB XII unangemessen

Das Landessozialgericht Bayern betrachtet eine Sterbegeldversicherung dann als unangemessen, wenn sie mit einer Erbrechtsberatung gekoppelt ist. Eine Erbrechtsberatung sei bei einem äußerst geringen Vermögen nämlich keine angemessene Versicherungsleistung.

*Landessozialgericht Bayern –
 L7 SO 296/22*

Kostenübernahme der Krankenbehandlung auch für AsylbLG-Betroffene

In einer ausführlichen Entscheidung kommt das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen zu dem Schluss, dass die Ablehnung einer nach hiesigen Lebensverhältnissen medizinisch erforderlichen Behandlung einer besonderen Rechtfertigung bedarf. Im vorliegenden Fall war dies nicht gegeben. Die Kosten der Behandlung mussten übernommen werden.

*Landessozialgericht Niedersachsen-
 Bremen – L8 AY 19/22*



Foto: Agneta Becker

Laut Menschenrechtskommissarin steht die hohe Zahl der Menschen in Deutschland, die in Armut leben, in keinem Verhältnis zum Wohlstand des Landes

Europarat: Menschenrechtskommissarin pocht auf Einhaltung sozialer Rechte

Die Menschenrechtskommissarin des Europarats kritisiert in ihrem Länderbericht die Lage in Deutschland massiv. „Soziale Rechte werden in Deutschland oft nicht als Grund- und Menschenrechte angesehen, die der Staat verwirklichen muss“. Das betrifft unter anderem das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, das Recht auf Bildung oder das Recht auf Wohnen. Hier bestehe noch sehr viel Handlungsbedarf. Der Bericht der Menschenrechtskommissarin ist eine wichtige Grundlage für die Politik, soziale Ungleichheit in Deutschland zu vermindern.

Die Menschenrechtskommissarin zeigt sich in ihrem Bericht sehr besorgt über die hohe Zahl der Men-

schen in Deutschland, die in Armut leben und von sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Diese Zahl stünde in keinem Verhältnis zum Wohlstand des Landes. Sie kritisiert die andauernden Narrative im politischen Diskurs sowie in den Medien, die Menschen in Armut eigenes Versagen und Trägheit als Ursache ihrer Situation vorwerfen.

Der Menschenrechtsbericht konstatiert: „Alle relevanten Akteure sollten auf zwischenbehördlicher und interministerieller Ebene zusammenarbeiten, um den Zugang zu sozialen Rechten zu verbessern, und die Rechteinhaber sollten früh-

zeitig über ihre Ansprüche informiert und beraten werden.“

Den vollständigen Bericht finden Sie hier: <https://rm.coe.int/landerbesuchsbericht-uber-deutschland-dunja-mijatovic-menschenrechtsko/1680af4ffc>



Foto: Agneta Becker

viaprinto

Meine Art zu drucken.

individuell | komfortabel | begeistert

- individuell**
überzeugende Lösungen in der persönlichen Beratung
- komfortabel**
Ihre Druckdaten in der Online-Vorschau erleben
- begeistert**
★★★★★ in Qualität, Lieferung und Freundlichkeit

Jetzt online drucken: www.viaprinto.de

CHANCE e.V.

www.chance-muenster.de

Haus und Wohnung

2. Hand-Möbel · Porzellan · Bücher
Glas-Accessoires · Trödel · u.v.m.

Möbel-Trödel Friedrich-Ebert-Str. 7/15, Tel.: 62088-10
Mo.-Fr.: 9.00-19.00 Uhr, Sa. geschlossen

Live-Online-Lernen: Kursprogramm 01/2024



Grundkompetenzen

Werden sie wieder fit in
Mathe, Sprache und EDV.
Vollzeit und Teilzeit

25.03. | 08.07. | 02.10



Kaufmännische Assistenz

Weiterbildung
DATEV-Zertifikat
Vollzeit 21 Wochen

13.02. | 27.03. | 12.04. | 29.04.



Kaufmann/Kauffrau Büromanagement Umschulung

**IHK-Abschluss
inklusive Praktikum**

22.07. 24 Monate Vollzeit



Industriemeister (m/w/d) Metall, Lebensmittel,

IHK-Abschluss

in 5, 12 oder 20 Monaten

04.05. | 06.05. | 17.06. | 10.08.



Industriekaufmann (m/w/d) Umschulung

**IHK-Abschluss
inklusive Praktikum**

22.07. 24 Monate Vollzeit



Sachkundeprüfung Vorbereitungskurs

IHK nach §34a GewO

in 5, 12 oder 20 Monaten

02.04. | 08.07. | 02.09.



Finanzbuchhaltung

Weiterbildung zur Fachkraft
mit SAP und DATEV
Vollzeit in 20 Wochen

26.02. | 13.05. | 02.09. | 11.11.



Sicherheitskraft

inkl. Prüfung Werkschutz
Zert. Interventionskraft

nach §34a GewO

in 5, 12 oder 20 Monaten

02.09.



Alltagscoach

nach §43b/53b SGB XI

Weiterbildung mit Zertifikat
Teilzeit in 6 Monaten

18.03. | 06.05. | 10.06. | 15.07.



Integrationskraft Schule

inkl. Ersthelferschein

Mit Praktikum

Teilzeit 13 Wochen

11.03. | 27.06. | 26.08.

Mit einem Bildungsgutschein (Agentur für Arbeit/Jobcenter) kann die Teilnahme zu 100% gefördert werden.

Schulungsstandort AHLEN: Lütkeweg 11 | 59229 Ahlen
Schulungsstandort MÜNSTER: Dahlweg 112 | 48153 Münster
Schulungsstandort Warendorf: Splieterstr. 72 | 48231 Warendorf

Infos und Anmeldung unter: 02382 - 88 999 25 cihan.goekce@sbh-west.de